



# BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

14. JAHRGANG • NR. 94

Dezember 2015

## STANDPUNKT

- 2 Deutsche Politik zwischen Erfolgen und Herausforderungen

## WAHLKREIS

- 3 Diskussion im Lessing-Gymnasium mit dem Stasi-Bundesbeauftragten Roland Jahn
- 4 Vorlesetag in der Grundschule Finkenbergr

## KÖLN

- 5 Diskussion zur Integration
- 5 Jubilarenehrung der KölnSPD
- 6 Haushaltsentscheidungen des Bundes

## BUNDESTAG

- 7 Habzeitbilanz von Martin Dörmann
- 7 Kölner Besuchergruppe in Berlin
- 8 Streitkräfteinsatz gegen den IS

- 10 Bundeshaushalt 2016 verabschiedet
- 11 Haushaltsrede von Martin Dörmann
- 13 Flüchtlinge: helfen, steuern, integrieren
- 16 Zwölf Punkte für Zusammenhalt und Integration in Deutschland
- 17 Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz
- 18 Einigung beim Klimagipfel in Paris

## SPD-BUNDESPARTEITAG

- 20 Beschlüsse, Wahlen und Würdigungen

## INFOS UND IMPRESSUM

- 28 Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum, Sitzungswochen 2016

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 16.12.2015



Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

## Deutsche Politik zwischen Erfolgen und Herausforderungen

### Gute Halbzeitbilanz der SPD in der Regierung - Internationale Krisen führen zu Verunsicherung - Zustand der Europäischen Union und Rigorismus in politischen Debatten besorgniserregend

Liebe Leserinnen und Leser!

Wie steht **Deutschland** zur **Mitte der Wahlperiode** eigentlich da? Aufgrund aktueller Debatten drohen einige sehr **positive Rahmenbedingungen** in Vergessenheit zu geraten. Noch nie waren so viele Menschen erwerbstätig. Die Reallöhne sind 2015 im Schnitt um ordentliche drei Prozent gestiegen. Und laut aktuellem Politbarometer sind 76 Prozent der Bevölkerung mit ihrer persönlichen Lage zufrieden. Das ist ein bislang nicht gemessener Rekordwert.

Die **SPD** kann auf erhebliche **Erfolge** bei der Umsetzung des stark von uns geprägten Koalitionsvertrages hinweisen. Vom Mindestlohn über die Rentenreform, bessere Leistungen bei Pflege und Gesundheit bis hin zu zusätzlichen Milliarden für Kitas, Bildung, Infrastruktur, Stadtentwicklung und Kommunen – wir haben viel erreicht. Und wir haben noch einiges vor. Unser Land ist zudem nicht nur wirtschaftlich erfolgreich, sondern bietet gerade im internationalen Vergleich ein besonders hohes Maß an politischer Stabilität, Freiheit und Sicherheit.

Dennoch ist nicht zu verkennen, dass die **Verunsicherung bei vielen Menschen** wächst. Das hat in erster Linie mit Problemen zu tun, die **von außen** kommen, sich aber in der Folge konkret auf unsere Lebenswirklichkeit auswirken. Wir spüren zunehmend, dass die **Globalisierung** nicht nur dazu führt, dass Reisemöglichkeiten und Exportchancen wachsen, sondern auch mit großen **Herausforderungen** verbunden ist.

Insbesondere der Bürgerkrieg in Syrien und das brutale Agieren der Terrororganisation IS haben zu einem starken Anwachsen der Flüchtlingsbewegung in Richtung Europa und vor allem nach Deutschland geführt. Die Terroranschläge von Paris waren zudem letztlich auch gegen uns gerichtet. Diese und andere Probleme können nicht mit einem nationalen Schalter gestoppt werden sondern bedürfen **internationaler Lösungen**, an denen sich viele beteiligen müssen. Das ist ein komplexer Prozess, bei dem Deutschland als wichtiger Partner verstärkt **Verantwortung** übernehmen muss.

Von besonderer Bedeutung ist die **Europäische Union**, die sich allerdings in einem besorgniserregenden Zustand befindet. In vielen

Mitgliedstaaten wachsen **nationalistische Tendenzen** und gewinnen **Rechtspopulisten** an Boden. Das macht die **traditionelle Kompromissbildung und solidarische Lösungen** auf europäischer Ebene noch schwieriger.

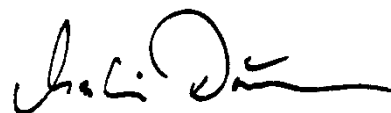
Doch nicht nur auf europäischer Ebene gibt es eine **bedenkliche Tendenz zu einem politischen Rigorismus**, der eigene Positionen und Interessen unversöhnlich über alles stellt. Zu aktuellen Themen wie TTIP, Vorratsdatenspeicherung, einem Bundeswehreininsatz gegen den IS oder auch den Umgang mit Flüchtlingszahlen kann man mit jeweils guten Gründen unterschiedliche Ansichten haben. Abgeordnete werden allerdings zunehmend angeschrieben, wenn sie zu einem einzelnen Thema eine andere Position vertreten, dann würden sie oder ihre Partei gar nicht mehr gewählt, ganz egal, was man ansonsten vorzuweisen hat. Wenn aber die Zahl solcher „**Wutbürger**“ **von links oder rechts** permanent zunimmt, droht unser demokratischer Diskurs insgesamt Schaden zu nehmen.

Zu Recht hat **Helmut Schmidt** darauf hingewiesen, die **Demokratie lebe vom Kompromiss** und betont: „Wer keine Kompromisse machen kann, ist für die Demokratie nicht zu gebrauchen.“ Was aber, wenn sich immer mehr einer Kompromissfindung entziehen oder einmal getroffene Mehrheitsentscheidungen ganz grundsätzlich in Frage stellen, sobald sie der eigenen Meinung nicht entsprechen? Und das bei einer immer komplexer werdenden Welt, die oft sehr differenzierte Lösungen und ein Mehr an Solidarität erfordert?

Trotz der aufgeworfenen Fragen: Ich bin immer noch optimistisch, dass eine **Mehrheit der Menschen** letztlich Lösungen will und keine prinzipielle Verweigerungshaltung. Unsere Demokratie ist stark – aber auch keine Selbstverständlichkeit. An einem konstruktiven Diskurs sollten sich möglichst viele beteiligen.

Herzlichst

Ihr




## Diskussion im Lessing-Gymnasium mit Roland Jahn und Martin Dörmann

### Schülergespräche mit dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war **Roland Jahn** am 16. November zu Gast im Lessing-Gymnasium in Porz-Zündorf. Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen-Behörde und der Abgeordnete diskutierten mit 230 Schülerinnen und Schülern der



Oberstufe über Meinungsfreiheit und Demokratie. Jahn, selbst Bürgerrechtler in der ehemaligen DDR, konnte hierzu beeindruckende Erlebnisse aus seiner eigenen Biografie

erzählen. Er vermittelte so ein plastisches Bild eines Überwachungsstaates.

Die erste Nachfrage eines Schülers, was er denn zum NSA und BND Abwehrskandal meine, nutzte Roland Jahn zum Hinweis, schon eine solche Frage hätte in der DDR dazu geführt, unter Beobachtung gestellt zu werden, was unter Umständen sogar das Abitur hätte kosten können. Andere wollten wissen, wie er zu früheren Freunden stehe, die ihn verraten hätten. So musste er sein Studium abbrechen, weil sich bis auf einen in seiner Gruppe alle bei einer Abstimmung gegen ihn gewandt haben.

Jahn wies darauf hin, dass die Stasi die Kommilitonen einen Tag vorher besucht und unter Druck gesetzt hätten. „Was hättet ihr gemacht?“ stellte er in den

Raum. Er machte deutlich, wie schwer es sei, gerecht zu urteilen oder die Frage zu beantworten, wie man selbst gehandelt hätte. Er sei auch zur Armee gegangen, weil er wie viele andere davon ausgegangen sei, es werde schon nichts Schlimmes passieren an der Grenze. „Ich bin nicht als Oppositioneller geboren. Ich wollte als junger Mensch genau wie ihr Party machen.“

Einige der aufgeworfenen Fragen der Schüler griff Martin Dörmann auf und wies dabei immer wieder auf die Errungenschaften unseres Rechtsstaates hin, von der Gewaltenteilung bis hin zur Demonstrationsfreiheit.



Dies unterscheidet die Bundesrepublik entscheidend von der früheren DDR. Es sei wichtig, sich das immer deutlich zu machen, zumal Umfragen ergeben hätten, dass rund 40 % der Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen neun und zehn die Unterschiede zwischen der Bundesrepublik, der DDR und sogar des Naziregimes in Bezug auf Demokratie nicht kennen würden. Auch dies sei ein Grund gewesen, dass er Roland Jahn dankbar für solch authentische Berichte sei.



Schulleiterin **Brigitte Jacobs** (r.), Geschichtslehrerin **Cathrin Birker** (l.) und die Schülerin **Chayane Coetzee** begrüßten **Martin Dörmann** und **Roland Jahn** zur Diskussion in Verbindung mit einer Ausstellung im Lessing-Gymnasium unter dem Titel „Stasi, was war das?“

## „Die Olchis“ begeisterten die Kinder in Finkenberg

### „Warum sind Olchis grün?“ – Vorlesetag mit Martin Dörmann

Anlässlich des bundesweiten Vorlesetages am 20. November war **Martin Dörmann** zu Gast in der Gemeinschaftsgrundschule Konrad-Adenauer-Straße in Finkenberg. Die Schule betreut insgesamt 256 Schülerinnen und Schüler aus 22 Nationen.



In den beiden 3. Klassen der Lehrerinnen **Maren Jansen** und **Amelie Buhr** mit vielen aufgeweckten Kindern las Dörmann einige Kapitel aus dem Kinderbuch „Die Olchis sind da“ vor, um die „Pänz“ für das Lesen zu begeistern. Auch die Schulleiterin **Angelika Specks** lauschte den Geschichten gespannt.

Die Kinder hatten viel Freude an Erhardt Dietls lustigen Erzählungen, kleine Geschichten über die spannenden Abenteuer der Drei-Generationen-Familie Olchi in der ganzen Welt. Die Olchis sind klein und grün, haben auf dem Kopf drei Hörhörner, eine große Nase und lieben alles, was Menschen eher eklig finden: Sie essen Schuhsohlen und Schrauben, trinken Stinkerbrühe und Fahrradöl, baden im Schlamm und können Ordnung nicht ausstehen. Die Kinder wollten natürlich ganz genau wissen, warum

Olchis grün sind und stellten auch sonst sehr kluge Fragen. Martin Dörmann stieß auf viel Begeisterung und Phantasie. „Jedes Jahr erlebe ich wissensdurstige und aufgeweckte Kinder, das macht mir großen Spaß“, freute er sich. Als kleines Präsent ließ er noch für jede Klasse das Buch da, aus dem er vorgelesen hatte.



Der bundesweite Vorlesetag wird seit 2004 jedes Jahr im November von der Stiftung Lesen und der Wochenzeitung „Die Zeit“ veranstaltet. „Der Bildungserfolg unseres Nachwuchses hängt in hohem Maße von der Lesekompetenz ab – diese den Kindern frühzeitig zu vermitteln, ist ebenso wichtig, wie das Erlernen von Schreiben und Rechnen. Das Vorlesen eignet sich hervorragend dazu, Kinder und junge Menschen auf schöne Art und Weise zu motivieren, selbst zum Buch zu greifen“, hob Martin Dörmann hervor.



## MdB-Veranstaltung zur Integration von Flüchtlingen

### Im Gespräch mit Flüchtlingshelfern und Karamba Diaby

„Das Asylrecht ist für die SPD ein hohes Gut, das nicht zur Disposition steht“, betonte **Karamba Diaby** gleich zur Beginn der Veranstaltung. Vielmehr brauche Deutschland europäische Lösungen und ein Einwanderungsgesetz, um in den nächsten Jahren eine gesteuerte Zuwanderung zu ermöglichen. Eingeladen hatten die Kölner SPD- Bundestagsabgeordnete in das Bürgerzentrum Ehrenfeld zur Frage „Wie gelingt Integration?“.



*Auf dem Podium: Thomas Zitzmann, Wolfgang Uellenberg van Dawen, Martin Dörmann, Karamba Diaby und Rolf Mützenich*

Karamba Diaby ist Leiter der Projektgruppe „#Neues Miteinander“ der SPD-Bundestagsfraktion, die erarbeiten soll, wie ein modernes Einwanderungsrecht aussehen muss, das zugleich die Interessen der hier leben Arbeitenden schützt. Auf seinen Vortrag folgten **Thomas Zitzmann** vom Kölner Flüchtlingsrat sowie **Wolfgang Uellenberg van Dawen** als Sprecher des Runden Tisches für Integration. Neben Lob für die Anstrengungen der Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise gab es durchaus Kritik zu einzelnen Regelungen.

**Martin Dörmann** und **Rolf Mützenich** beteiligten sich als anwesende Kölner Abgeordnete an der Diskussion, indem sie auf Nachfragen aus dem Publikum eingingen. Insgesamt war es eine spannende und erfreulich sachliche Debatte. Während es im Publikum differenzierte Meinungen zur Frage gab, ob die Flüchtlingszahlen Deutschland überfordern könnten, gab es breite Zustimmung dafür, dass ein wesentlicher Schlüssel zur Integration der bessere Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt sein müsse.

## Jubilarenehrung der KölnSPD

### Zahlreiche Mitglieder kamen zur Feier

Parteivorsitzender **Jochen Ott** freute sich, rund 250 Mitglieder der KölnSPD zur traditionellen Jubilarenehrung am 20. November im Altenberger Hof in Nippes begrüßen zu können. Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten **Gabriele Hammelrath**, die den Abend moderierte, wurden über 60 Mitglieder für 25, 40, 50 und sogar 60 Jahre treue Mitgliedschaft gewürdigt.



*Stimmungsvoller Abend im Altenberger Hof*

Bei Musik, Kölsch, Gulaschsuppe und Buffet wurde anschließend gemeinsam mit den zahlreichen aktiven Wahlkämpfern in lockerer Atmosphäre über den Wahlkampf geplaudert. Die Wahlniederlage ist schmerzlich, dennoch waren sich alle einig: die

KölnSPD wird gebraucht! Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die fundamentalen Grundwerte für unser politisches Handeln.

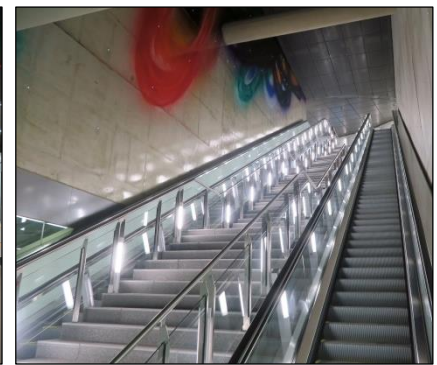


*Martin Dörmann freute sich, mit Jochen Ott dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Köln Martin Borschel die Urkunde für 25-jährige Mitgliedschaft überreichen zu dürfen*



## Linie 17 der Nord-Süd-Stadtbahn eröffnet

Nach elf Jahren Bauzeit nahm am 13. Dezember die Kölner Nord-Süd-Stadtbahn im südlichen Teilbereich ihren offiziellen Betrieb auf. Zur Jungfernfahrt der KVB-Linie 17 samt Einweihungsfeier an der neuen U-Bahn-Haltestelle Chlodwigplatz konnte KVB-Chef **Jürgen Fenske** am Vortag u. a. OB **Henriette Reker** und Staatssekretär **Michael Odenwald** aus Berlin begrüßen. **Martin Dörmann**: „Ich freue mich über den Startschuss. Der Bund hat das Projekt bislang über das GVFG mit 450 Millionen Euro gefördert und damit höher als jedes andere Nahverkehrsprojekt in Deutschland.“



## Haushaltsbeschlüsse des Bundes gut für Köln

### Mehr Geld für Langzeitarbeitslose und Kulturprojekte

Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten begrüßen die zusätzlichen Gelder für Langzeitarbeitslose und Integrationsmaßnahmen, die der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in seiner Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt beschlossen hat. Im Haushalt für Arbeit und Soziales wurde gegenüber dem Regierungsansatz eine Erhöhung der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit um rund 250 Millionen Euro und der Verwaltungsmittel in der Grundsicherung um 325 Millionen Euro beschlossen. Damit können bundesweit insgesamt rund 3.800 Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit und in den Jobcentern geschaffen werden. Hierdurch wird insbesondere der Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit gestärkt.

Im Familienhaushalt werden für die Beratung und Betreuung von Flüchtlingen zusätzlich sechs Millionen Euro bereitgestellt. Mit dem Geld wird für eine effektive Flüchtlingsarbeit vor Ort gesorgt, denn es werden zusätzliche Förder- und Weiterbildungsmaßnahmen für Beraterinnen und Berater in den Flüchtlingszentren sowie von Haupt- und Ehrenamtlichen von Trägern, zum Beispiel in Kitas und Behörden wie den Jugendämtern finanziert. Im Bereich Innen sind 267

Millionen Euro für zusätzliche Integrationsmaßnahmen vorgesehen, hinzu kommen für die Migrationsberatungsstellen für Erwachsene weitere 10,5 Millionen Euro. Die Kölner SPD-Abgeordneten hatten sich zuvor nachhaltig für entsprechende Beschlüsse eingesetzt: Auch wichtige kultur- und medienpolitische Institutionen und Projekte in der Region Köln werden gestärkt. **Martin Dörmann**: „Der besondere Einsatz der SPD-Fraktion in den Haushaltsberatungen hat sich gelohnt. Ich freue mich darüber, dass das die Kölner c/o pop im kommenden Jahr 150.000 Euro zusätzliche Bundesförderung erhält. Das unterstreicht den Stellenwert von Köln als Musikstandort und die internationale Bedeutung des Musikfestivals.“

Erfreulich ist zudem, dass erneut ein Denkmalschutz-Sonderprogramm in Höhe von 20 Millionen Euro beschlossen wurde. Köln hat in den letzten Jahren – auch auf mein Bemühen hin – bereits mehrfach profitiert, zum Beispiel beim Bahnhof Belvedere oder dem Volkstheater Millowitsch. Das Programm ist ein wichtiger Impuls, unser kulturhistorisches Erbe zu erhalten und zugleich Arbeitsplätze im Handwerk zu schaffen.“



## Halbzeitbilanz: „Gesagt. Getan. Gerecht!“

### Broschüre von Martin Dörmann ist erschienen

Im Dezember 2013 haben die SPD-Mitglieder dem Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD in einer Mitgliederentscheidung zugestimmt. Zur Mitte der Wahlperiode zieht **Martin Dörmann** eine „Halbzeitbilanz“. In einer 24-seitigen Broschüre gibt er einen Überblick zu Erreichtem in der Koalition und zu seiner Tätigkeit als Abgeordneter.

Druckexemplare liegen in allen drei Kölner Bürgerbüros von Martin Dörmann sowie in seinem Abgeordnetenbüro in Berlin zur Mitnahme bereit. Die Broschüre ist zudem auf der Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) eingestellt:

→ [www.martin-doermann.de/wp-content/uploads/2015/11/151124-Halbzeitbilanz-2015-E.pdf](http://www.martin-doermann.de/wp-content/uploads/2015/11/151124-Halbzeitbilanz-2015-E.pdf)

## Kölner Besuchergruppe in Berlin

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war Ende November wieder eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis zu Gast in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt organisierten Fahrt gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, besuchte beispielsweise den Reichstag, historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen. Mit dabei: eine Delegation des Festausschuss Porzer Karneval mit ihrem Präsidenten **Stephan Demmer** an der Spitze sowie **Klaus Kaiser**, den Martin Dörmann für 50-jährige Mitgliedschaft in der SPD ehrte (Fotos unten).



*Klaus Kaiser wurde für sein Parteijubiläum geehrt*



*Delegation des Festausschuss Porzer Karneval*

### Unterstützung im Kampf gegen die Terrororganisation des IS

Der Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen die Terrororganisation IS ist eingeordnet in eine politische Gesamtstrategie zur Lösung des Syrienkonfliktes. Dieser Prozess begann mit den Genfer Verhandlungen und wurde dieses Jahr mit den Wiener Konferenzen weitergeführt. Die angestrebte Waffenruhe und der politische Prozess sollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich alle Kräfte gemeinsam gegen den „IS“ wenden können. Zudem ist das Ziel der Wiener Gespräche, die Grundlagen für die Bildung einer Übergangsregierung zu schaffen.

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt Frankreich, Irak und die internationale Allianz, die aus mehr als 60 Partnern besteht, in ihrem Kampf gegen den IS auf der Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 UN-Charta.

Der Deutsche Bundestag hat nun am 4. Dezember in namentlicher Abstimmung einen Antrag der Bundesregierung beschlossen zum „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS“ (Drs. 18/6866). Das Mandat ist zunächst bis zum 31. Dezember 2016 befristet. Es ist ein Personaleinsatz von bis zu 1200 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen.

Nach den Angriffen auf Paris am 13. November 2015 hat sich mit Frankreich erstmals ein EU-Mitgliedstaat auf die in Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union verankerte sogenannte Beistandsklausel berufen. Auf dem Treffen des Rates der EU für Außenbeziehungen im Format der EU-Verteidigungsminister in Brüssel am 17. November 2015 haben dann alle Mitgliedstaaten einhellig den französischen Antrag unterstützt und ihre Solidarität und ihren Beistand zugesichert.

#### Die Bundeswehr wird folgende militärische Aufgaben wahrnehmen:

- Einsatzunterstützung durch Luftbetankung,
- Begleitschutz und Beitrag zur Sicherung des Marineverbandes,
- See- und Luftraumüberwachung,
- Aufklärung,
- Austausch und Abgleich gewonnener Lageinformationen mit weiteren Akteuren der internationalen Allianz gegen IS im Rahmen des Auftrags,
- Wahrnehmung von Verbindungs-, Beratungs- und Unterstützungsaufgaben gegenüber Hauptquartieren der multinationalen Partner und im Rahmen der internationalen Allianz gegen IS,
- Gewährleistung von Führungs-, Verbindungs-, Schutz- und Unterstützungsaufgaben für die Durchführung des Einsatzes deutscher Kräfte, dabei ggf. auch Rettung und Rückführung isolierten Personals.

Die Entsendung der deutschen Streitkräfte erfolgt im Rahmen und nach den Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit nach Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes – und damit in Übereinstimmung mit den verfassungsrechtlichen und völkerrechtlichen Vorgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Mit dem neuen Mandat führt Deutschland sein sicherheitspolitisches Engagement fort, das 2014 mit der Unterstützung der kurdischen Regionalregierung zum Schutz der Zivilbevölkerung im Nordirak begann.

Im Rahmen der internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des IS formierte sich im gleichen Jahr eine breite Allianz, der inzwischen mehr als 64 Staaten angehören und die sich einem international multidimensionalen Ansatz verpflichtet fühlt. Deutschland war, wie Frankreich, von Beginn an Teil dieser Allianz und hat eine verantwortliche Position im Rahmen der Stabilisierungsbemühungen übernommen. Die Bundesrepublik hat in diesem Rahmen bereits umfangreiche Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe im Nordirak und vor allem zivile Unterstützung und humanitäre Hilfe in Höhe von bislang mehr als 1,2 Milliarden Euro seit 2012 im Irak und Syrien geleistet. Die Bundesregierung beabsichtigt, diese Hilfe im nächsten Jahr substantiell auszuweiten.

Die Bundesregierung hebt in ihrem Antrag hervor: „Mit den Anschlägen in Paris hat IS Frankreich und die freiheitliche Werteordnung Europas direkt angegriffen. IS stellt aufgrund seiner extremistisch-salafistischen Gewaltideologie, seiner terroristischen Handlungen, seiner anhaltenden schweren, systematischen und ausgedehnten Angriffe auf Zivilpersonen sowie seiner Anwerbung und Ausbildung ausländischer Kämpfer eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar. Der bewaffnete Angriff auf Frankreich galt der Lebensweise und den Werten, die alle Bürger Europas teilen. Die Berufung auf die Beistandsklausel des EU-Vertrags ist nicht nur ein Ersuchen um den Beistand der EU-Mitgliedstaaten. Sie ist auch ein klares europapolitisches Signal und ein Appell an die EU-Mitgliedstaaten, sich dieser gemeinsamen Bedrohung geschlossen und geeint entgegen zu stellen.“

Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** sagte zu dem Einsatz: „Wir tun das, was militärisch gebraucht wird, wir am besten können und politisch verantworten können.“ Es gehe schließlich auch darum, zu verhindern, dass der IS weitere Teile Syriens an sich reißt. Steinmeier: „Was ist dann noch zu befrieden?“ Ein Zerfall Syriens könnte zudem Nachbarstaaten mit in den Abgrund reißen.

SPD-Fraktionsvize **Rolf Mützenich** sagte, er sei stolz, Mitglied einer Fraktion zu sein, die lange und ernsthaft diesen Einsatz diskutiert habe. „Das ist Parlamentarismus“, sagte er.

Und SPD-Verteidigungsexperte **Rainer Arnold** bekräftigte, dass der Einsatz „verfassungsrechtlich und völkerrechtlich abgesichert“ sei. Er sei verantwortlich.

Klar ist für die SPD-Fraktion: Der Bedrohung durch

den IS kann nur im Rahmen einer umfassenden politischen Lösung erfolgreich und nachhaltig begegnet werden. Nicht zuletzt deshalb sind die Wiener Verhandlungen zu einer politischen Lösung in Syrien so wichtig.



**Zur Abstimmung hat Martin Dörmann eine Persönliche Erklärung nach § 31 GO des Bundestages abgegeben, die auf seiner Homepage nachlesbar ist. Hier ein Auszug:**

*Nach intensiven Diskussionen und einem schwierigen Abwägungsprozess habe ich mich entschieden, dem von der Bundesregierung vorgelegten Mandat zum Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) zuzustimmen.*

*Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat wiederholt festgestellt, dass vom IS eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ausgeht.*

*Die kritische und komplexe Lage in Syrien, dem Irak und in der benachbarten Region erfordert nachhaltige politische Lösungen, die internationale Absprachen und Zeit erfordern. Es wäre falsch, einseitig auf militärische Mittel zu setzen. Allerdings werden politische Lösungen dadurch erleichtert oder sogar erst*

*ermöglicht, dass die militärische Expansion des IS aufgehalten und dieser soweit wie möglich zurückgedrängt wird. Gleichzeitig bedroht der IS durch Terroranschläge das Leben der Menschen in Europa und darüber hinaus. Er muss auch deshalb gestoppt werden.*

*Es ist gerechtfertigt und politisch erforderlich, dass sich Deutschland an der internationalen Allianz gegen den IS aktiv beteiligt, und zwar auch durch einen angemessenen militärischen Beitrag. Nicht zuletzt erfordert es die europäische Solidarität, das diesbezügliche Unterstützungersuchen Frankreichs nicht abzulehnen sondern positiv aufzugreifen. Der IS würde gestärkt statt geschwächt, wenn es ihm gelänge, Deutschland und Frankreich in dieser wichtigen Frage zu entzweien.*

→ Die komplette Erklärung online:

[www.martin-doermann.de/wp-content/uploads/2015/12/151204-Erkl%C3%A4rung-nach-%C2%A731-zu-Syrien.pdf](http://www.martin-doermann.de/wp-content/uploads/2015/12/151204-Erkl%C3%A4rung-nach-%C2%A731-zu-Syrien.pdf)

### Ziel ist Haushalt ohne neue Schulden

In der letzten Novemberwoche hat der Bundestag den Bundeshaushalt 2016 verabschiedet (Drs. 18/5500, 18/5501, 18/5502). Es ist ein wichtiger Erfolg, dass die Koalition trotz der deutlichen Belastungen erneut einen Haushalt ohne neue Schulden beschließen kann. Bereits im Haushaltsvollzug 2014 und im Haushaltsplan 2015 wurde der Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung erreicht.

In der sogenannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses haben die Koalitionsfraktionen darüber hinaus wieder wichtige zusätzliche Impulse gesetzt, etwa in den Bereichen Integration, Kultur, für das THW, die Bundespolizei und die ländlichen Räume.

Die Einnahmen bzw. Ausgaben für das Jahr 2016 belaufen sich auf 316,9 Milliarden Euro. Das ist etwas mehr, als im Entwurf der Bundesregierung (312 Milliarden Euro) vorgesehen war.

Erneut bewahrheitet sich der von der SPD-Fraktion vertretene Grundsatz, dass solide Finanzpolitik nicht reiner Selbstzweck ist, sondern Freiräume für wichtige politische Entscheidungen schaffen soll. So nutzt die Koalition etwa die Überschüsse des Jahres 2015 für die bevorstehenden Mehrbelastungen von 2016 an.

Zum Auftakt der Haushaltsdebatten sagte **Johannes Kahrs**, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion: „Der Haushalt bildet die Realität ab. Wir müssen im Großen helfen und im ganz Konkreten und gleichzeitig die versprochenen Maßnahmen umsetzen“. Die Koalition sei entschlossen, den Haushalt im nächsten Jahr ohne neue Schulden zu schaffen. Das hänge aber wesentlich von der Entwicklung der Flüchtlingszahlen ab.

Bereits mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2015 hat die Koalition vor wenigen Wochen auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit den stark gestiegenen Flüchtlingszahlen reagiert, vor allem durch eine zusätzliche Entlastung der Länder und Kommunen um insgesamt 2 Milliarden Euro im Jahr 2015.

#### Im Detail:

Mit dem Bundeshaushalt 2016 geht es genau an dieser Stelle weiter: Ungefähr 7,5 Milliarden Euro werden für Ausgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen bereitgestellt. Allein die Länder und Kommunen erhalten 3,3 Milliarden Euro als Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten. Zusätzlich werden vor allem das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Bundesinnenministerium gestärkt für die Ausgaben für Integration, Soziales und die innere Sicherheit. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen erhält das Auswärtige Amt 400 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf vorgesehen.

Neben diesen großen Blöcken war es den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Beratungen allerdings auch wichtig, dass die Hilfe bei jenen

ankommt, ohne die eine Bewältigung der logistischen Aufgaben vor Ort oft undenkbar wäre: bei den vielen haupt- und ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Deshalb ist es auch gut, dass beispielsweise das Familienministerium rund 15 Millionen Euro mehr erhält für die allgemeine Flüchtlingsberatung und die Koordinierung der Ehrenamtlichen im Bereich Flüchtlinge.

Ganz wichtig ist der SPD-Bundestagsfraktion, das Vertrauen im Land zu stärken. Nicht zuletzt deshalb gilt es, den Menschen zu beweisen, dass auch jenseits des Themas Flüchtlinge Politik für sie gemacht wird. So stellt der Bund zum Beispiel nächstes Jahr 500 Millionen Euro mehr für den sozialen Wohnungsbau bereit (bis 2019 insgesamt 2 Milliarden Euro). Den regionalen öffentlichen Personennahverkehr stärkt die Koalition durch die Regionalisierungsmittel mit 700 Millionen Euro (insgesamt 8 Milliarden Euro im Jahr 2016). Und die frei werdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld werden auf Druck der SPD-Fraktion für die Kinderbetreuung verwendet (2016 insgesamt 390 Millionen Euro).

Zudem wird das 10-Milliarden-Investitionspaket, das die Koalition vergangenes Jahr beschlossen hat, umgesetzt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Infrastruktur in Deutschland und der Entlastung von Ländern und Kommunen.

Klar ist, dass die beschlossenen Entlastungen für Länder und Kommunen dafür verwendet werden müssen, wofür die Koalition sie beschlossen hat. Das gilt zum Beispiel für den sozialen Wohnungsbau oder die Regionalisierungsmittel und das BAFöG-Paket. Diese klare Erwartung haben die Koalitionsfraktionen auch in Form eines Entschließungsantrages vor wenigen Wochen zum Ausdruck gebracht.

Trotz der aktuellen Mehrbelastungen ist es in der Bereinigungssitzung gelungen, zusätzliche Impulse im Haushalt zu setzen, u. a.:

- Stärkung der Kultur in Deutschland für verschiedene Projekte mit rund 120 Millionen Euro.
- Für die Flüchtlingsarbeit setzen wir im Familienministerium verschiedene Hot Spots: 15 Millionen Euro mehr für die Sprachkurse für ausländische Hochschulabsolventen (durchgeführt über die Otto-Benecke-Stiftung), 8 Millionen Euro mehr für die Jugendmigrationsdienste, 8 Millionen Euro mehr für die Koordinierung der Ehrenamtlichen im Bereich Flüchtlinge und 6 Millionen Euro mehr für die allgemeine Flüchtlingsberatung.
- Für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Programm „Demokratie leben!“ gibt es 10 Millionen Euro zusätzlich (insbesondere gegen Islamismus, Salafismus, Antisemitismus).

- Für das Deutsch-Griechische Jugendwerk stehen 3 Millionen Euro bereit.
- Für die Stärkung der digitalen Kompetenz beim Mittelstand (Industrie 4.0) gibt es nächstes Jahr 11 Millionen Euro mehr.
- Für die Entwicklung der ländlichen Räume stellt der Bund 30 Millionen Euro bereit, außerdem erhält die Unfallversicherung der Landwirte einen einmaligen Zuschuss von 78 Millionen Euro.
- Die THW Ortsverbände erhalten für die Selbstbewirtschaftung 24 Millionen Euro in den Jahren 2016-18.
- Die wichtige Arbeit der Auslandsschulen wird mit mehr als 20 Millionen Euro gestärkt.
- Die Bundeszentrale für Politische Bildung erhält zusätzlich 5 Millionen Euro für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Salafismus.

Damit schafft die Koalition einen Haushalt, der Ausgabendisziplin und Nullverschuldung mit politischer Schwerpunktsetzung und einer Verstärkung der Investitionen verbindet.

## Bundestagsrede von Martin Dörmann zum Haushalt 2016

### Rede in der traditionellen Generaldebatte am 25. November

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Generaldebatte heute hat gezeigt: Wir alle stehen noch unter dem Eindruck der jüngsten **Terroranschläge von Paris**. Sie und der Anschlag auf *Charlie Hebdo* richten sich ganz gezielt gegen unsere kulturellen Werte, gegen unser demokratisches Verständnis einer offenen Gesellschaft und gegen die Freiheit von Medien und Meinungen. Uns alle eint: **Europa** muss sich auf seine **freiheitliche Kultur** und auf seine **gemeinsamen Werte** besinnen und solidarisch handeln. Unser Signal an die Terroristen ist deshalb eindeutig: Wir werden uns von Fanatikern und Mördern nicht einschüchtern lassen, sondern stehen an der Seite unserer französischen Freunde.

#### Wer Kultur und Medien stärkt, stärkt die Freiheit.

Auch deshalb bin ich sehr froh über das **Ergebnis der Haushaltsberatungen**. Es ist uns in dieser Wahlperiode bereits zum dritten Mal in Folge gelungen, den Etatansatz der Beauftragten für Kultur und Medien noch einmal deutlich zu steigern. Ich will hier ausdrücklich die zuständigen Haushälter der Koalition nennen und mich bei den Kollegen Johannes Kahrs und Rüdiger Kruse sehr herzlich bedanken. Erneut unterstützen sie uns dabei, **wichtige kultur- und medienpolitische Vorhaben des Koalitionsvertrages** umzusetzen.

Insgesamt werden nämlich in den kommenden Jahren zusätzlich zum Regierungsentwurf **weitere 740 Millionen Euro für Kultur und Medien** zur Verfügung stehen, davon allein knapp 120 Millionen Euro im nächsten Jahr, so dass der **Etat der BKM** auf stattliche

**1,4 Milliarden Euro** steigt. Das ist ein klares Bekenntnis für eine **langfristig angelegte Kulturpolitik des Bundes**.

Neben zentralen Vorhaben der **Hauptstadtkultur** werden auch in anderen Teilen Deutschlands und spartenübergreifend viele wichtige Projekte und Institutionen unterstützt. Sie alle tragen zum Erhalt der kulturellen Vielfalt unseres Landes und damit zu einer bunten und offenen Gesellschaft bei - übrigens nicht in Konkurrenz zur Kulturpolitik von Ländern und Kommunen, sondern in einem wohlverstandenen, gegenseitig unterstützenden **Kulturföderalismus**.

Gerade ist das Stichwort „NRW“ gefallen, leider in einem völlig schiefen Zusammenhang. Ansonsten stimme ich dem Kollegen Marco Wanderwitz in allen

Punkten zu. Aber da ist er aus meiner Sicht in der Pointierung ein bisschen danebengegangen. Ich will daran erinnern, dass es die NRW-Landesregierung war, die das erste Kulturfördergesetz in dieser Bundesrepublik auf den Weg gebracht hat. Ich bin ganz zuversichtlich, dass die neue Kultusministerin in NRW, Christina Kampmann, unsere frühere Kollegin, dieses sehr

positiv weiterführen wird. **An NRW können sich manche ein Beispiel nehmen.**

Zu unserem Haushalt zurück. Wir haben ihn gestärkt. Dazu gehören beispielsweise mehr Geld für den **Tanz** durch die Finanzierung eines Bündnisses internationaler Produktionshäuser ebenso wie zusätzliche Gelder für die **kulturelle Filmförderung** und das mit 20 Millionen Euro wieder aufgelegte **Denkmal-schutz-Sonderprogramm**. Besonders erwähnt seien auch der **Ausbau des Künstlerarchivs in Brauweiler** sowie der **Umbau des Schauspielhauses Wuppertal**



zu einem „**Internationalen Tanzzentrum Pina Bausch**“. All das sind Projekte, die die kulturelle Vielfalt unseres Landes belegen, sie gilt es zu pflegen und zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „stärken“ ist ein wichtiges Stichwort, das auch für den medienpolitischen Teil der Beschlüsse zum Bundeshaushalt gilt, namentlich für die **Deutsche Welle**. Unser Auslandsender prägt die mediale Präsenz Deutschlands in der Welt. Wir alle spüren es täglich: Die **Bedeutung globaler Kommunikation** für politische Entwicklungen steigt. Zudem haben internationale Krisen zunehmend direkte Auswirkungen auf deutsche und europäische Politik. Das haben zuletzt der Ukraine-Konflikt, der Syrien-Krieg und auch die derzeitige Flüchtlingskrise nachdrücklich belegt. Heute haben in der Debatte die Bundeskanzlerin, aber auch Thomas Oppermann darauf in besonderer Weise hingewiesen.

Zwei Trends kommen noch hinzu: zum einen die **gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands** als eines sehr wichtigen europäischen Partners und zum anderen der **verstärkte globale Wettbewerb um Informationen und mediale Aufmerksamkeit** in einer zunehmend vernetzten Welt. Vor diesem Hintergrund ist es wichtiger denn je, unseren **Auslandsender Deutsche Welle zu stärken** und aufgabengerecht zu finanzieren.



Darauf haben wir uns übrigens im Koalitionsvertrag verständigt, und das werden wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen.

Das ist keine Zukunftsmusik, sondern wir haben schon geliefert. Wir haben die parlamentarischen Haushaltsberatungen der letzten zwei Jahre dazu genutzt, die **Finanzierung der Deutschen Welle auf ein nachhaltiges Fundament zu stellen**. Kollege Wanderwitz hat darauf bereits hingewiesen. Wir werden es in diesem Haushalt schaffen, dass wir zusätzlich zur Erhöhung des Plafonds, die wir dauerhaft sichern müssen, **15,9 Millionen Euro für Investitionen und zusätzliche Programme**, insbesondere für die Sonderberichterstattung in den Krisenregionen, bereitstellen.

Diesen Weg gilt es in den kommenden Jahren fortzusetzen und, wenn möglich, noch auszubauen.

Zum Schluss dieser Debatte noch ein **Wunsch**, nachdem wir sehr viel Positives gehört haben - aber: nach

dem Haushalt ist vor dem Haushalt -: Wir brauchen für die Deutsche Welle eine noch **stärkere Planungssicherheit**. Es darf nicht nur von den Bereinigungssitzungen abhängig sein, wie hoch der Etat ist. Es muss geplant werden. Es sind Arbeitsverträge geschlossen worden. Deshalb - mit Blick auf Frau Staatsministerin -: Liebe Monika Grütters, wir sind auch im Gespräch. Es wäre schön, wenn wir schon im **Haushaltsansatz der Bundesregierung für 2017** die Beträge für die Deutsche Welle abbilden könnten, die auch tatsächlich notwendig sind. Ich glaube, darin sind wir mit den Haushältern einig, auch mit den Kollegen der Union. Wir sind im Gespräch, und wir arbeiten daran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, in der Kultur- und Medienpolitik schreiben wir weiter an einer **Erfolgsgeschichte** in dieser Koalition. Denn mit dem vorliegenden Haushalt setzen wir erneut ein **deutliches Zeichen für Vielfalt und für Freiheit**.

Lassen Sie mich zum Schluss ein **Wort des Dankes** aussprechen; denn Kultur und Medien können immer nur so stark und so frei sein, wie die Menschen,

die dafür Verantwortung tragen. Das sind in erster Linie die **Kulturschaffenden** und die **Medienvertreter**. Die Kulturschaffenden leisten oft unter schwierigen ökonomischen Verhältnissen ihren Beitrag, leben ihre Kreativität aus. Damit sie das können, müssen wir die entsprechenden Rah-

menbedingungen schaffen.

Ich danke auch den Journalistinnen und Journalisten, die unter erschwerten Bedingungen, sowohl national als auch international, arbeiten. International werden Journalisten von Mord und Folter bedroht. National – wir haben gerade eine Diskussion mit dem ARD-Vorsitzenden und beispielsweise Anne Will geführt – ist es so, dass Journalisten und Journalistinnen mittlerweile bei Pegida-Demonstrationen und anderen Gelegenheiten tätlich angegriffen werden. Ich glaube, es ist ganz klar, dass wir nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland dafür sorgen müssen, dass Medien frei sind, dass die kulturelle Vielfalt gewahrt wird.

Insofern geht von diesem **Haushalt** eine sehr **positive Botschaft** aus. Danke an alle, die daran mitgewirkt haben!



## Flüchtlinge: helfen, steuern, integrieren

### Zwei Milliarden Euro vom Bund für Unterbringung und Versorgung

#### Asyl in Deutschland

Viele Menschen beantragen derzeit Asyl in Deutschland. Die meisten von ihnen flüchten vor Krieg, Terror und Verfolgung in ihren Heimatländern und suchen bei uns Schutz und Hilfe. Für Bund, Länder und Kommunen ist das eine große Herausforderung.

Zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer kümmern sich in den Städten und Gemeinden darum, die Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen – und stoßen vielerorts an die Grenzen ihrer Belastbarkeit, weil so viele Menschen gleichzeitig kommen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Verfolgten und Kriegsflüchtlingen müssen wir helfen. Der völker-, europa- und verfassungsrechtliche Flüchtlingsschutz dürfen nicht angetastet werden. Aber um helfen zu können, müssen wir den Zuzug ordnen und steuern.

Wir haben im Bund Maßnahmen beschlossen, um mehr Ordnung in die Aufnahme der Hilfesuchenden zu bringen, Asylverfahren zu verkürzen, Länder und Kommunen bei der Versorgung und Unterbringung zu unterstützen und die rasche Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive durch Spracherwerb und Arbeit zu fördern.

#### Ordnen und steuern

Geordnete und schnelle Asylverfahren sind die Voraussetzung dafür, dass wir die Ankommenden gut

versorgen und die, die bleiben werden, schnell integrieren können. In der Großen Koalition sorgen wir deshalb für mehr Ordnung bei der Erstaufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.

Zur besseren Steuerung übernimmt der Bund die Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer. Hierzu werden Wartezentren für ankommende Flüchtlinge eingerichtet. Um die Grenzen besser zu kontrollieren und geordnete Verfahren bei der Einreise sicherzustellen, erhält die Bundespolizei in den nächsten drei Jahren 3000 zusätzliche Stellen.

Außerdem haben wir verabredet, dass alle Asylbewerber in Deutschland einen einheitlichen Ausweis erhalten und in einer Datenbank registriert werden. Damit beenden wir das Nebeneinander von verschiedenen Datensystemen und verhindern Mehrfachregistrierungen.

Unser Ziel ist es, möglichst nur Menschen auf die Kommunen zu verteilen, die bleiben dürfen. Deshalb sollen die Asylverfahren nach Möglichkeit bereits während des Aufenthalts in der Erstaufnahmeeinrichtung abgeschlossen werden. Der Bund unterstützt die Länder dabei, ausreichende Kapazitäten in den Einrichtungen zu schaffen.

Um die Asylverfahren zu beschleunigen, werden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 4000 neue Stellen geschaffen. Asylbewerber können verpflichtet werden, länger in der jeweiligen Einrichtung zu bleiben.

Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten haben in der Regel keine Chance auf Anerkennung. Ihre Anträge sollen künftig in speziellen Aufnahmeeinrichtungen bearbeitet werden und innerhalb von maximal drei Wochen abgeschlossen sein. Dort soll eine verschärfte Residenzpflicht gelten: Sie dürfen die Städte oder Landkreise ihrer Aufnahmeeinrichtung nicht verlassen. Menschen, die nicht anerkannt werden, sollen direkt aus den Aufnahmeeinrichtungen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Der Bundestag hat seit 2014 sechs Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer eingestuft. Ausreisepflichten können künftig leichter durchgesetzt werden. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass Menschen aus diesen Staaten abseits des Asylverfahrens Möglichkeiten bekommen, in Deutschland zu arbeiten.

Um die Dynamik der Flüchtlingsbewegungen in den Griff zu bekommen, müssen auch auf internationaler Ebene die Bedingungen für eine bessere Kontrolle und Steuerung geschaffen werden. So setzen wir uns für eine wirksame Kontrolle der EU-Außengrenze und ein wirksames europäisches System der Registrierung und Verteilung von Flüchtlingen ein. In der Europäischen Union sollten Kontingente für Bürgerkriegsflüchtlinge festgelegt werden, die fair auf die Mitgliedstaaten verteilt werden.

### **Helfen und versorgen**

Die Verantwortung für die Versorgung und Unterbringung von Asylsuchenden liegt bei den Ländern und Kommunen. Der Bund unterstützt sie dabei. Für 2015 haben Länder und Kommunen eine Soforthilfe von 2 Milliarden Euro für die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden erhalten. Ab 2016 beteiligt sich der Bund mit einer monatlichen Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber für die Dauer des Verfahrens zuzüglich einem Monat im Fall der Ablehnung. Außerdem erhalten Länder und Kommunen 350 Millionen Euro jährlich für die Versorgung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen.

Durch Änderungen im Bauplanungsrecht und bei den energetischen Anforderungen erleichtern wir die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften. Der Bund stellt den Kommunen kostenfrei Immobilien für die Unterbringung zur Verfügung und übernimmt die Herrichtungskosten. Die Länder erhalten in den kommenden vier Jahren 2 Milliarden Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau. Diese Leistungen kommen allen Bürgerinnen und Bürgern zugute.

Außerdem verbessern wir die Gesundheitsversorgung der Asylsuchenden und verringern den Verwaltungsaufwand in den Kommunen. Für ein Sonderprogramm des Bundesfreiwilligendienstes in der Flüchtlingsarbeit schaffen wir 10.000 zusätzliche Stellen.

### **Erfolgreich integrieren**

Viele der Menschen, die aus Syrien oder dem Irak zu uns kommen, werden länger bei uns bleiben. Die große Aufgabe der nächsten Jahre wird darin bestehen, sie gut in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Dazu müssen sie möglichst schnell die deutsche Sprache lernen und Anschluss an den Arbeitsmarkt finden.

Deshalb haben wir die Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive geöffnet und mehr Geld dafür bereitgestellt. Damit haben nicht mehr nur Asylberechtigte, deren Antrag bereits anerkannt ist, Zugang zu intensivem Sprach- und Orientierungsunterricht.

Anerkannten Asylberechtigten, Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten steht der Arbeitsmarkt uneingeschränkt offen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat für den Haushalt 2016 durchgesetzt, dass die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit um 250 Millionen Euro erhöht werden, die Verwaltungsmittel in der Grundsicherung um 325 Millionen Euro. Damit können bundesweit rund 3.800 Stellen in den Jobcentern geschaffen werden.

Für Asylbewerber und Geduldete haben wir bessere Möglichkeiten durchgesetzt, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Sie können sich jetzt bereits nach drei Monaten um einen Job auf dem regulären Arbeitsmarkt bewerben. Voraussetzung ist, dass es keine geeigneten Bewerber oder Bewerberinnen mit deutscher oder EU-Nationalität gibt und dass die Arbeitsbedingungen mit denen von inländischen Beschäftigten vergleichbar sind. Die Vorrangprüfung gilt 15 Monate. Die Prüfung der Arbeitsbedingungen besteht für 48 Monate. Für Praktika, betriebliche Ausbildungen und Tätigkeiten, die die Voraussetzungen der „Blauen Karte EU“ erfüllen, entfällt die Vorrangprüfung schon nach drei Monaten.

Auch das Leiharbeitsverbot haben wir verkürzt: Es entfällt für Fachkräfte schon nach drei Monaten, für alle anderen Asylbewerber und Geduldeten nach 15 Monaten. Auch vermittlungsunterstützende Leistungen der Arbeitsagenturen stehen Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive früher offen. Zudem verbessern wir die Unterstützung junger Asylsuchender bei der Aufnahme einer Berufsausbildung. Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse soll beschleunigt werden.

Für eine erfolgreiche Integration wird es in den kommenden Jahren entscheidend darauf ankommen, eine nachhaltige Integrationsinfrastruktur aufzubauen und massiv in Bildung und Chancengleichheit für alle zu investieren. So können wir die Vorteile nutzen, die die Einwanderung angesichts der demografischen Entwicklung unserem Land bieten kann.

### **Fluchtursachen bekämpfen**

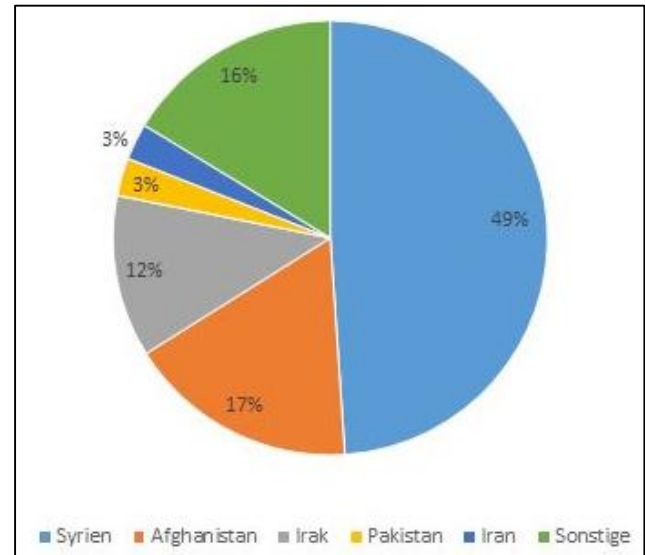
Niemand verlässt ohne Grund seine Heimat und begeben sich auf eine gefährliche Reise. Allein 60 Prozent der Menschen, die nach Deutschland flüchten, kommen aus den Bürgerkriegsgebieten in Syrien und dem Irak. Sie flüchten vor Krieg und Verfolgung, und auch vor den katastrophalen Zuständen in den Flüchtlingslagern.

Deswegen ist zuallererst humanitäre Hilfe gefragt – vor allem in den großen Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Syriens. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, die Situation dort in kurzer Zeit grundlegend zu verbessern, so dass die Menschen nicht mehr aus Mangel an Nahrung oder Schulplätzen für ihre Kinder nach Europa kommen müssen. Dazu müssen die Lebensbedingungen in der Türkei, in Jordanien und im Libanon verbessert und menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte aufgebaut werden. Zu diesem Zweck setzen wir uns auch für ein entsprechendes Abkommen mit der Türkei ein.

Die Mittel für die humanitäre Hilfe haben wir in diesem Jahr nochmal erhöht. Seit 2012 hat Deutschland über 1 Milliarde Euro zur Verfügung gestellt. Für 2015 bis 2017 wird diese Summe um weitere 500 Millionen Euro angehoben.

Zudem wird der Bund sein Engagement für die Bewältigung und Vorbeugung von Krisen ausbauen und die entsprechenden Mittel aufstocken. Auf diplomatischer Ebene setzt sich die Bundesregierung mit aller Kraft für Fortschritte bei der politischen Regelung des Syrien-Konflikts ein. Nicht zuletzt durch das Engagement von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) ist es gelungen, dass die zentralen regionalen

Akteure sowie die USA und Russland an einem Verhandlungstisch sitzen.



**Herkunftsländer der Asylsuchenden  
Oktober 2015  
(Registrierungen im EASY-System)**



Seit zwei Jahren prägt die SPD-Bundestagsfraktion die Politik der Großen Koalition. Konsequenterweise setzt sie die sozialdemokratischen Vorhaben um, die zu Beginn der Wahlperiode im Koalitionsvertrag durchgesetzt wurden: Mindestlohn, Frauenquote und ElterngeldPlus. Mehr BAföG, Kindergeld und Kitaplätze. Rentenreform und bessere Leistungen bei Pflege und Gesundheit. Mietpreisbremse und Doppelpass. Reform der Energiewende. Ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden. Gleichzeitig: Milliardeninvestitionen in Bildung und Forschung, in Klimaschutz, Stadtentwicklung, sozialen Wohnungsbau und Infrastruktur. Außerdem: Milliardenentlastung der Städte und Gemeinden für eine gute Daseinsvorsorge vor Ort. Kurz: Gesagt, getan, gerecht!

→ Die als Broschüre erschienene „Halbzeitbilanz“ ist online abrufbar: [www.spdfraktion.de/sites/default/files/gesagt-getan-gerecht-halbzeitbilanz-2015-web.pdf](http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/gesagt-getan-gerecht-halbzeitbilanz-2015-web.pdf)

### Für ein Jahrzehnt umfassender Gesellschaftspolitik

Die deutsche Gesellschaft verändert sich. Viele Menschen, die jetzt als Flüchtlinge kommen, werden als neue Bürgerinnen und Bürger bleiben. Wir brauchen einen „Integrationsplan Deutschland“.

Bundesfamilienministerin **Manuela Schwesig**, Bundesarbeitsministerin **Andrea Nahles**, Bundesumweltministerin **Barbara Hendricks**, die Staatsministerin für Integration **Aydan Özoguz** und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin **Malu Dreyer** (alle SPD) haben ein gemeinsames Papier zur Integration verfasst. Darin stellen sie einen „Integrationsplan Deutschland“ auf. Der werde „allen nutzen, unsere ganze Gesellschaft stärken und das Wachstumspotenzial unserer Wirtschaft erhöhen.“ Im Papier heißt es weiter: „Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt sind für alle Menschen in unserem Land wichtig. Deshalb gilt es, ein Jahrzehnt umfassender Gesellschaftspolitik zu beginnen.“

#### Die zwölf Punkte des Integrationsplanes:

1. Wir wollen die Chancen von Bildung für die Integration nachhaltig und umfassend nutzen und daher das Kooperationsverbot für Bildung im Grundgesetz jetzt abschaffen. Wir brauchen einen Zukunftspakt von Bund und Ländern für die Finanzierung eines umfassenden Programms für Integration und demografischen Wandel. Unser Ziel sind mehr Chancen und bessere Teilhabe für alle.
2. Wir wollen Integration fördern, wir müssen sie aber auch einfordern. Dabei gilt: Alle Menschen sollen in Deutschland frei und sicher leben können. Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der die Menschen- und Bürgerrechte garantiert, wie sie in den Artikeln 1 bis 20 des Grundgesetzes formuliert sind.
3. Wir wollen auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit das gute Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen. Dafür wollen wir eine Charta für Demokratie und Vielfalt vorlegen, die von Politik, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft getragen wird.
4. Wir wollen positive Identifikationsangebote für Zuwanderer stärken. Hierzu wollen wir ein bundesweites Patenschaftsprogramm „Wir in Deutschland“ mit Partnern aus dem Stiftungssektor und der Wirtschaft starten.
5. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement für den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken und eine Deutsche Stiftung Ehrenamt ins Leben rufen. Das Präventionsprogramm „Demokratie leben!“ wollen wir verstärken.
6. Wir wollen 80.000 zusätzliche Kita-Plätze und 20.000 zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und

Erzieher schaffen. Das hilft Flüchtlingskindern genauso wie allen anderen Kindern und Familien. Dafür soll der Bund die Länder und Kommunen zusätzlich unterstützen, um Kitaplätze und Erzieherinnen und Erzieher in ausreichender Zahl für alle Kinder anbieten zu können.

7. Wir wollen mit dem Ausbau der Ganztagsangebote die Integration von allen Schulkindern fördern. Dafür sind vor allem zusätzliche Lehrkräfte und auch mehr Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter notwendig. Dafür wollen wir mit einer Ganztagschul-Offensive zusätzliche Mittel des Bundes bereitstellen.
8. Wir wollen, dass Flüchtlinge Sprachkurse und Maßnahmen zum Arbeitsmarkteinstieg parallel – und nicht wie bisher hintereinander – absolvieren können.
9. Wir wollen qualifizierten Zuwanderern einen schnellen Berufseinstieg über schnelle und unbürokratische Anerkennung von Qualifikationen ermöglichen. Jungen Flüchtlingen wollen wir angepasste Einstiegsprogramme in die berufliche Ausbildung und einen einfachen Zugang über Arbeitsmöglichkeiten bieten. Wir wollen den Arbeitsmarktzugang durch sichere Aufenthaltstitel für Flüchtlinge in Ausbildung erleichtern.
10. Wir wollen zugleich und in gleichem Maße die Initiativen gegen Langzeitarbeitslosigkeit verstärken und allen Menschen neue Chancen geben, die Arbeit suchen.
11. Der Bund wird bei der Förderung des Wohnungsbaus eigene Kompetenzen stärker nutzen. Gegebenenfalls müssen auch neue Kompetenzen geschaffen werden, die die Vorschriften der Länder ergänzen. Der Bund wird seine Mittel in den kommenden fünf Jahren aufstocken. Wir wollen darüber hinaus zusätzliche Anreize für den Neubau bezahlbaren Wohnraums in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt setzen, etwa mit einer regional begrenzten und zeitlich befristeten AfA. Über die Ausgestaltung muss mit den Ländern entschieden werden. Das Baurecht soll schlanker werden, wo durch Vorschriften vermeidbare Kostensteigerungen entstehen.
12. Wir wollen das Programm Soziale Stadt zu einem Leitprogramm der sozialen Integration in den Quartieren ausbauen und die Mittel dafür aufstocken.

Die vier Ministerinnen betonen in ihrem Konzept: „Bei allen Anstrengungen, die uns ein Integrationsplan für Bildung, Arbeitsmarkt, Stadtentwicklung, Gesellschaft und Kultur in den nächsten Jahren abverlangen wird, muss uns ein Gedanke bestärken: Soziale, solidarische Politik dient nie nur dem einzelnen oder einer bestimmten Gruppe. Sie kommt letztlich

allen zugute, macht unser Land lebenswerter und sichert den sozialen Frieden.“

SPD-Fraktionschef **Thomas Oppermann** lobte das Integrationsprogramm vor der Presse und kündigte an: „Wir konzentrieren uns jetzt voll auf die Integration der Flüchtlinge. Dieser Plan muss funktionieren, und er darf nicht am Geld scheitern. Was wir heute investieren, wird sich in zehn Jahren bezahlt machen. Dieser Integrationsplan wird ab sofort bei allen Verhandlungen in der Asylpolitik immer eine Rolle spielen.“

**Christine Lambrecht**, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin, sagt: „Integration ist kein Selbstläufer und keine einseitige Verpflichtung, sondern bedarf umfangreicher Anstrengungen von allen Seiten. Unser Land steht vor der großen Herausforderung, angesichts der gestiegenen Zuwanderung, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu bewahren.“



*Manuela Schwesig in der SPD-Fraktion*

→ Das vollständige Papier ist online abrufbar unter:  
[www.spd.de/linkableblob/131430/data/20151201\\_integrationsplan\\_pdf.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/131430/data/20151201_integrationsplan_pdf.pdf)

## Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission Medienkonvergenz

### SPD-Bundestagsfraktion begleitet den Prozess mit einer Projektgruppe

Anfang Dezember berieten die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zusammen mit der Bundeskanzlerin den Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz. Ziel ist eine zeitgemäße Medien- und Kommunikationsordnung in Deutschland und bessere Verzahnung von Bund- und Länderregulierung. In fünf Themenbereichen wurden erste Ergebnisse vorgelegt und teilweise bereits konkreter Änderungsbedarf identifiziert.

**Martin Dörmann** begrüßte als medienpolitischer Fraktionssprecher die Zwischenergebnisse und den bisherigen Diskussionsverlauf: „Die Konvergenz der Medienwelt stellt Politik und Gesellschaft vor immense Herausforderungen, neue Technologien und verändertes Mediennutzungsverhalten zeitgemäß abzubilden, gleichzeitig aber auch Qualität und Vielfalt zu sichern. Sinnvolle Anpassungen an den Schnittstellen von Medienaufsicht, Telekommunikationsrecht und Wettbewerbsrecht sind dringend notwendig.“

Die eigens hierfür ins Leben gerufene Bund-Länder-Kommission Medienkonvergenz hat über das Jahr 2015 fünf Themenfelder auf konkrete rechtliche Anpassungsbedarfe untersucht. Dazu gehören u. a. Aspekte wie Jugendmedienschutz, Medienvielfaltssi-

cherung oder auch die Regulierung von Suchmaschinen. Besonders erfreulich ist, dass als Ergebnis des strukturierten Arbeitsprozesses kürzlich erstmals eine gemeinsame Bund-Länder-Position zur Reform der EU-Richtlinie zu audiovisuellen Mediendiensten nach Brüssel geschickt werden konnte. Diese fordert ein hohes Niveau im Jugend- und Verbraucherschutz ein. Gleichzeitig wird eine Liberalisierung der Werbezeitbestimmungen angestrebt, um faire Wettbewerbsbedingungen für die Medienunternehmen zu schaffen.

Es hat sich erwiesen, dass ein erfolgreicher Prozess eingeleitet wurde, der beispielgebend sein dürfte, auch in Zukunft zu besseren Abstimmungen zwischen Bund und Ländern zu kommen. Die Kommission wird ihre Arbeit vor allem in den Bereichen Plattformregulierung und Intermediäre fortsetzen. Mitte 2016 wird ein weiterer Sachstandsbericht erwartet.

Die SPD-Fraktion begleitet diesen erfolgreichen Prozess von Beginn an aktiv mit einer eigenen Projektgruppe, die von **Martin Dörmann** und **Lars Klingbeil** geleitet wird, etwa durch eine vorbereitende Branchenbefragung und mehrere Dialogveranstaltungen. Auch weiterhin will sie sich konstruktiv mit einbringen.

→ Der Zwischenbericht online: [www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/BKM/2015/2015-12-03-zwischenbericht-bund-laender-kommission-zur-medienkonvergenz.html?nn=1432476](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/BKM/2015/2015-12-03-zwischenbericht-bund-laender-kommission-zur-medienkonvergenz.html?nn=1432476)

### Erstes globales Klimaschutzabkommen beschlossen

Die Weltklimakonferenz in Paris hat sich auf das erste Klimaschutzabkommen geeinigt, das alle Länder in die Pflicht nimmt. Mit dem Abkommen bekennt sich die Weltgemeinschaft völkerrechtlich verbindlich zum Ziel, die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen. Es legt auch fest, dass die Welt in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts treibhausgasneutral werden muss.

Bundesumweltministerin **Barbara Hendricks**: "Wir haben heute alle zusammen Geschichte geschrieben. Milliarden Menschen haben lange darauf gewartet, dass die Weltgemeinschaft handelt. Heute kann ich sagen: Jetzt geht es endlich los. Zum ersten Mal machen sich alle Länder dieser Welt gemeinsam auf den Weg, den Planeten zu retten. Wir haben lange gekämpft und heute ein starkes Abkommen erreicht. Das ist ein historischer Wendepunkt."

Zum ersten Mal wird die 2-Grad-Obergrenze in einem völkerrechtlichen Abkommen verankert. Darüber hinaus sollen sich die Staaten anstrengen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das Abkommen verbindet die Obergrenze mit einer konkreten Handlungsanweisung: globale Treibhausgasneutralität in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Bis dahin muss die Belastung der Atmosphäre auf Null sinken. "Das bedeutet den Abschied von fossilen Energien, also Dekarbonisierung. Das Abkommen geht aber darüber hinaus, weil es alle Treibhausgase betrifft", sagte Hendricks.

Das Abkommen zeigt einen konkreten Weg auf, wie das Ziel erreicht werden soll. Ab 2020 werden die Staaten alle fünf Jahre neue Klimaschutzpläne vorlegen, die so ambitioniert wie irgend möglich sein müssen. Für diese Pläne gilt das verbindliche Prinzip, dass sie nicht abgeschwächt werden dürfen, sondern immer ehrgeiziger werden müssen. Außerdem muss jedes Land über seine Treibhausgasemissionen berichten, damit die Fortschritte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch der Realität entsprechen.

Das Abkommen enthält das feste Versprechen, die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Die Staatengemeinschaft soll den ärmsten und verwundbarsten Ländern auch dabei helfen, Schäden und Verluste durch den Klimawandel zu bewältigen - zum Beispiel durch Klimarisikoversicherungen oder eine bessere Schadensvorsorge.

Das Abkommen überwindet die veraltete Zweiteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. "Wir haben in den letzten Tagen gesehen, wie sich eine neue Koalition der Ambitionierten gebildet hat, mit armen und reichen, großen und kleinen Staaten. Darauf werden wir aufbauen in unserem Streben nach ehrgeizigem Klimaschutz und weltweiter Solidarität", sagte Hendricks. Anstelle der alten Zweiteilung soll eine faire Differenzierung dafür sorgen, dass jeder so viel beiträgt, wie er kann.



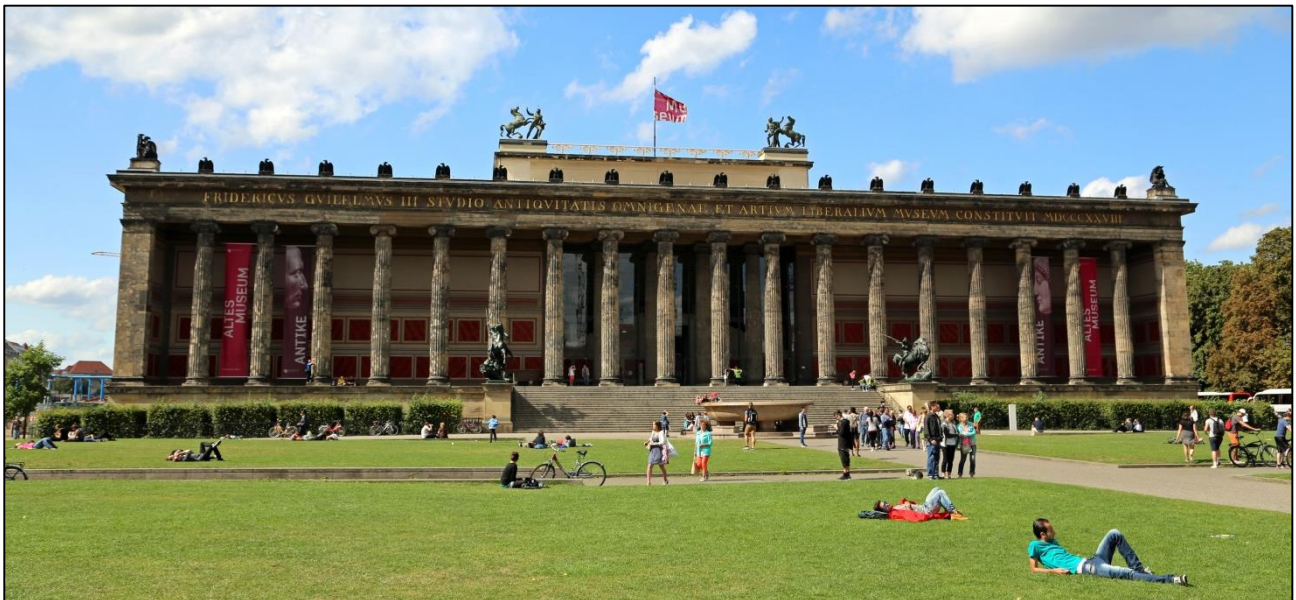
*Barbara Hendricks und ihr Team freuen sich über den Erfolg in Paris*



*Beim Parlamentarischen Abend des Köln Bonn Airport in der PG am Reichstag wies dessen Chef Michael Garvens auf Herausforderungen für die deutsche Luftfahrtbranche, aber auch auf eine gute Entwicklung seines Flughafens hin.*



*Mit Peter Brandt, dem ältesten Sohn von Willy Brandt, sprach Martin Dörmann über das geplante Einheits- und Freiheitsdenkmal in Berlin, für das jener sich besonders engagiert. „Faszinierend, wie sein Blick und seine Gestik an seinen Vater erinnern“, meinte der Abgeordnete danach.*



### „Lieblingsort in Berlin“

In der genannten Serie der Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ erschien kürzlich folgender Text von **Martin Dörmann**: „Für mich ist in Berlin die Museumsinsel der faszinierendste Ort. Hier ist Spitzenkunst aus allen Zeiten und Ländern zu bewundern. Aber im Sommer ist es auch auf dem Rasen vor dem Berliner Dom herrlich, dort liegen die Leute aus allen möglichen Ländern und Kulturen in der Sonne und genießen. Und bald wird das Schloss mit dem Humboldt-Forum noch mal ganz neue Perspektiven bieten.“



### Berlin Depesche abonnieren

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird per **eMail** versendet und auf der **Homepage** [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) eingestellt.

Wer in den **eMail-Verteiler** aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Nachricht an: [martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de) (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

**Druckexemplare** sind in den drei Bürgerbüros von Martin Dörmann vorrätig. Die Adressen sind auf der letzten Seite aufgeführt.

**Weitere Infos bei facebook:** [www.facebook.com/martin.doermann](http://www.facebook.com/martin.doermann)

Vom 10. bis 12. Dezember fand in Berlin der ordentliche Bundesparteitag der SPD statt. Neben den Wahlen zum Parteivorstand standen eine Vielzahl von Anträgen auf der Tagesordnung. Nachfolgend ein Überblick zu den wichtigsten Beschlüssen und Wahlergebnissen.

### Gerhard Schröder würdigt Schmidt, Bahr und Grass

#### „Wir verbeugen uns vor großen Sozialdemokraten“



Altkanzler **Gerhard Schröder** erinnerte zu Beginn des SPD-Parteitags an drei große Sozialdemokraten, die in diesem Jahr verstorben sind: **Günter Grass**, **Egon Bahr** und **Helmut Schmidt**. Schröder würdigte alle drei als „große Deutsche, in deren Lebensläufen sich die Geschichte unseres Landes konzentriert hat.“

Der Altkanzler betonte, dass es für ihn als ehemaligen Vorsitzenden der SPD eine besondere Ehre sei, Grass, Bahr und Schmidt zu würdigen. „Ich kannte sie mehr als 40 Jahre. Zunächst habe ich sie als Jungsozialist politisch begleitet – nicht immer ohne Kritik. Später haben sie mich politisch begleitet – auch nicht immer ohne Kritik. Darüber ist ein freundschaftliches Verhältnis entstanden.“

Grass, Bahr und Schmidt repräsentierten, so Schröder, ein Land, das aus Widersprüchen und Brüchen hervorgegangen sei. Alle drei seien als junge Männer in den Krieg gezogen und hätten in den Abgrund geblickt. Ihre Maxime sei deshalb gewesen, dass es nie wieder zu einem Krieg kommen dürfe. Schröder: „Sie haben ein Land mit aufgebaut und eine Demokratie mit geformt, auf das sie stolz sein konnten und auf die wir stolz sein dürfen.“

#### Günter Grass

Obwohl Günter Grass formal nur ein Jahrzehnt Mitglied der SPD gewesen sei, war er „immer einer von uns“, betonte Schröder. Der Altkanzler verwies dabei besonders auf Grass' enges Verhältnis zu Willy Brandt, den er stets unterstützt habe. Grass großes Verdienst sei gewesen, ein enges Verhältnis von

Kunst und Kultur zur deutschen Sozialdemokratie zu begründen. „Er war immer zur Stelle und brachte viele seines Standes mit.“



Mit seinem literarischen Werk habe Grass für ein neues, besseres Deutschland gestanden. Das gelte besonders für seinen Jahrhundert-Roman „Die Blechtrommel“. Schröder: „Mit lautem Trommelschlag hielt er dem Land einen Spiegel vor.“ Schröder erinnerte an die große Unterstützung, die er bei seinem „NEIN“ zum Irak-Krieg von Grass erfahren habe. Schröder: „Günter Grass war ein großer Sozialdemokrat im Herzen und im Geiste.“

#### Egon Bahr

Wie Grass stammte auch Egon Bahr aus einer Generation, die Deutschland wieder aufbauen musste. Auch für Bahr sei die Devise gewesen: nie wieder Nationalsozialismus, nie wieder Krieg. Diese Haltung habe ihn zur SPD Kurt Schumachers geführt. Später wurde er engster Weggefährte von Willy Brandt. Mit

Bahrs Konzept „Wandel durch Annäherung“ hätten Brandt und Bahr Ost- und Entspannungspolitik durchgesetzt. Gerhard Schröder: „Dabei riskierten sie viel. Aber am Ende brachten sie die Völker Europas dem Frieden näher. Ohne ihren mutigen Einsatz hätten Ost und West kaum wieder zusammengefunden.“



Bahrs Vermächtnis ist eine Verpflichtung für alle, die heute Verantwortung tragen, für eine Politik der Zusammenarbeit, der Vertrauensbildung, der Entspannung, für Frieden und Stabilität und Sicherheit zu sorgen.

## Helmut Schmidt

Schröder würdigte seinen Vorgänger Helmut Schmidt als einen großen Bundeskanzler, der die SPD 1976 und 1980 zu zwei großen Wahlsiegen geführt habe. Schmidts besondere Fähigkeit sei es gewesen, zu führen, dem Land Richtung und den Menschen Orientierung zu geben. Schmidt habe in schwierigen Zeiten Verantwortung übernommen – besonders beim Kampf gegen den Terror der RAF und bei der Durchsetzung des Nato-Doppelbeschlusses. Schröder: „Er war bereit für das Notwendige die Macht zu opfern. Er war bereit das Wohl des Landes über das Wohl der Partei zu stellen. Helmut Schmidt war ein großer Deutscher, ein wirklicher Europäer, ein beeindruckender Staatsmann und ein großartiger Mensch.“

Zum Abschluss seiner Rede betonte Schröder noch einmal, wie stark Günter Grass, Egon Bahr und Helmut Schmidt die deutsche Sozialdemokratie geprägt hätten: „Sie rufen uns in Erinnerung, wofür wir Sozialdemokraten stehen – für Frieden, für Freiheit und für Gerechtigkeit. Wir sind dankbar dafür, was sie für unsere Partei und für unser Land geleistet haben. Wir verbeugen uns vor großen Sozialdemokraten. Ihr Tod ruft uns in Erinnerung, was uns Sozialdemokraten im Kern zusammenhält und was uns von anderen unterscheidet.“

## Kernelemente wichtiger Beschlüsse

### „Die Zukunft gestalten – Sozialdemokratische Friedenspolitik in einer Zeit neuer Konflikte“

Der friedenspolitische Leitantrag des Vorstandes wurde von Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** eingebracht.

Die Welt ist in vielen Teilen aus den Fugen geraten. Die Konflikte in Syrien, Nordafrika und in der Ukraine haben die größte Fluchtwelle seit des Zweiten Weltkriegs ausgelöst. Die menschenverachtenden Terroranschläge von Paris haben gezeigt, mit welcher Brutalität und Grausamkeit sich religiöser Fanatismus und Terrorismus gegen die freiheitliche europäische Werteordnung richten.

Kluge Außenpolitik muss mit Sorgfalt und Weitsicht komplexe Konfliktursachen berücksichtigen und nicht selten auch die Konsequenzen von Handeln oder Nicht-Handeln umsichtig gegeneinander abwägen. Sozialdemokratische Friedenspolitik hat zum Ziel, Dialog und Zusammenarbeit in den internationalen Beziehungen zu fördern und Gewalt einzudämmen, das Völkerrecht zu stärken, die Globalisierung zu gestalten und entlang unseres Verständnisses von umfassender Sicherheit die internationalen Beziehungen zu gestalten.

Die Europäische Union, die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen wollen wir zur politischen Gestaltung der Globalisierung stärken. Hierbei sind die transatlantischen Beziehungen für uns von zentraler Bedeutung. Sozialdemokratische

Außenpolitik ist und bleibt in diesem Sinne aktive und beharrliche Friedensarbeit.

#### Deutschland in Europa und der Welt

Erfolgreiche deutsche Friedenpolitik kann es nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern geben.

#### Für ein starkes Europa als Partner in der Welt

Ein starkes Europa ist das zentrale Instrument zur Gestaltung der Globalisierung. Mit Entschlossenheit wollen wir deshalb weiter an einem starken und handlungsfähigen Europa arbeiten.

#### Solidarität mit Frankreich

Auch vor dem Hintergrund dieser besonderen Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses stehen Deutschland und die SPD nach den menschenverachtenden Anschlägen von Paris solidarisch an der Seite Frankreichs. Klar ist, dass der Terrorismus am Ende nicht allein militärisch besiegt werden kann. Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus wie auch die Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien kann nur mit einem umfassenden Ansatz gelingen, der vor allem auch politische und diplomatische Mittel einschließt und auf der Grundlage des Völkerrechts basiert. Der in Wien begonnene Prozess für eine politische Lösung des syrischen Bürgerkriegs hat daher weiter oberste Priorität.

## Zusammenarbeit mit den USA

Zur Erreichung unserer außenpolitischen Ziele sind und bleiben die USA der engste Partner Deutschlands außerhalb Europas – dies gilt trotz mancher Belastungsproben, vor die das transatlantische Verhältnis in den zurückliegenden Jahren gestellt wurde.

## Dialog mit Russland

Die dauerhafte Sicherung des Friedens in Europa kann nur gelingen, wenn auf der Basis europäischer und internationaler Prinzipien Russland mit uns den Weg zu einer Politik der Kooperation beschreitet, die die legitimen Interessen aller Akteure berücksichtigt.

## Die Globalisierung gestalten

Konfliktvorsorge und humanitäre Hilfe gehören zusammen. Humanitäre Hilfe kann dazu beitragen, Konflikte zu mindern, in dem sie Menschen in Not ihre Existenz sichert und ihnen eine Zukunftsperspektive bietet.

Ein wichtiges Ziel deutscher Außenpolitik muss es weiterhin sein, die zentralen internationalen Institutionen zur Krisenprävention, allen voran den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie der Europäischen Union zu befähigen, eine stärkere Rolle einzunehmen.

Um die Vereinten Nationen zu stärken und ihre Handlungsfähigkeit zu erhöhen, setzten wir uns mit Nachdruck für eine Stärkung und Reform der VN-Strukturen ein. Hierzu gehört, die Bedeutung der VN-

Vollversammlung zu erhöhen, internationale Gerichtsbarkeit und das Völkerrecht zu stärken und auch die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Sicherheitsrats zu reformieren.

## Rolle der Bundeswehr

Grundsätzlich gilt bei Auslandseinsätzen: Ein militärischer Beitrag Deutschlands muss immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein. Eine Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten Auslandseinsätzen erfolgt nur, wenn ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen sowie die Zustimmung des Deutschen Bundestags im Sinne des Parlamentsvorbehalts vorliegen.

## Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie umfassend und in Verzahnung mit anderen Politikfeldern gedacht und implementiert wird. Das Ziel, zur angemessenen Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufzuwenden, wollen wir schnellstmöglich erreichen.

## Abrüstung

Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass neue Waffensysteme internationalen Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für den militärisch bedeutender werdenden Bereich der unbemannten Luftfahrzeuge (Drohnen).



**Frank-Walter Steinmeier:** „Deutschland muss auch bereit sein, Verantwortung zu tragen. Nicht, weil wir uns das anmaßen wollen, sondern weil wir die Verantwortung schlicht haben. Lasst uns dafür sorgen, dass die deutsche Stimme eine sozialdemokratische Stimme ist – damit der Frieden bleibt.“

→ Die Rede von Frank-Walter Steinmeier sowie der Beschluss sind abrufbar unter:  
[www.spd.de/aktuelles/bundesparteitag-2015/beschluesse/sozialdemokratische-friedenspolitik-in-einer-zeit-neuer-konflikte/](http://www.spd.de/aktuelles/bundesparteitag-2015/beschluesse/sozialdemokratische-friedenspolitik-in-einer-zeit-neuer-konflikte/)

## „Solidarität und Verantwortung in Staat und Gesellschaft – Auf dem Weg zu einer integrativen Flüchtlingspolitik“

Europa steht in diesen Tagen vor einer großen Bewährungsprobe. Die humanitäre Katastrophe im Nahen Osten und in vielen Ländern Afrikas erreicht zunehmend Mitteleuropa. Mit dem Beschluss zu einer integrativen Flüchtlingspolitik verfolgt die SPD einen klaren Kurs der Solidarität und Verantwortung.

Den Kampf gegen Fluchtursachen in Herkunftsländern unter Einbeziehung der internationalen Gemeinschaft intensivieren. Hierfür werden wirksame politische Initiativen zur Stabilisierung zerfallender Staaten und zur Eindämmung von Gewalt und Bürgerkriegen im Nahen Osten und in Afrika gefordert. Die Mitgliedstaaten der EU müssten sich solidarisch den Herausforderungen stellen.

Es gilt die EU-Außengrenzen zu schützen, weil dies Bedingung für offene Grenzen und Freizügigkeit im Inneren der Union ist. Die Einrichtung der vereinbarten Hotspots wird als ein erster wichtiger Schritt begrüßt. Zuwanderung über Kontingent, damit es mehr Klarheit gibt, wer zu uns kommt: So könne Integration besser vorbereitet werden. Zugleich erspare es den Menschen, die Schutz suchen, einen lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer und die Fluchtrouten.

Ganz egal, ob jemand später Asyl bekommt oder nicht: Jedem Menschen, der zu uns kommt, sollen eine angemessene Unterbringung und Versorgung garantiert werden

Unter den Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, sind viele – vor allem aus den Westbalkan-Ländern –, die im Kern gar nicht nach Asyl suchen, stellt der Beschluss fest. Sie suchten nach Arbeit. Im Asylverfahren sieht die SPD aber den falschen Weg, der oft wirtschaftlich perspektivlosen Situation in ihren Herkunftsländern zu entkommen. Eine Perspektive für diese Menschen könnte stattdessen ein Einwanderungsgesetz bieten – und eine auf europäischer Ebene abgestimmte Einwanderungsstrategie.

Die Kommunen sollen in die Lage versetzt werden, die Herausforderungen stemmen zu können: Wohnraum, Unterstützung von Familien, Deutschkurse, Schulunterricht – das alles müsse geleistet werden. Dafür bräuchten Städte und Gemeinden eine dauerhafte finanzielle und strategische Unterstützung durch den Bund.

Nach einem Aufenthalt in einer Erstaufnahmeeinrichtung sollen Flüchtlinge in adäquaten Wohnungen untergebracht werden – eine wichtige Voraussetzung für eine schnelle und erfolgreiche Integration. Neben der Steigerung des sozialen Wohnungsbaus fordert die SPD darum den Wohnungsneubau in der gesamten Breite des freifinanzierten Bauens. Denn

die ohnehin angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt mache deutlich: Der Bedarf ist groß an bezahlbarem Wohnraum für alle, nicht nur für Flüchtlinge.

Im Bereich der Integration sieht die SPD zwei Aufgaben: Die Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und gleichzeitig die Integration und den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu sichern. Beides dürfe man nicht gegeneinander ausspielen.

Flüchtlingskinder sollen einen schnellen Zugang zu Bildungseinrichtungen erhalten. Bei jungen Kindern seien die Kindertagesstätten das erste und entscheidende Glied der Bildungskette. Außerdem müssten weitere Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten niederschwellig ermöglicht werden.

Der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund leiste einen großen Beitrag zur schulischen und folglich gesellschaftlichen Integration. Der Ausbau der Schulsozialarbeit, finanziert durch den Bund, müsse wieder vorangetrieben werden. Der Grundsatz lautet: Wir dürfen kein Kind zurücklassen!

Die Kosten der Sprachkurse (mit einem Umfang von 600 Stunden) sollen vollständig vom Bund übernommen werden. Darüber hinaus müsse ein frühzeitiger Zugang zu den Integrations- und Sprachkursen gewährleistet werden, damit sich Flüchtlinge schnell im Alltag verständigen und zurechtfinden könnten.

Für die langfristige Integration von Menschen, die hier Schutz zu suchen, sei der Zugang zum Arbeitsmarkt ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg, heißt es im Beschluss. Darum sollten sie schnell Integrationskurse besuchen dürfen, um so frühzeitig einen Job finden zu können. Auf lange Sicht, ist die SPD sicher, können das den Fachkräftemangel in unserem Land entschärfen.



**Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung:  
Aydan Özoğuz**

→ **Auch zu den Themen Familie und Arbeit wurden wichtige Anträge beschlossen. Alle Beschlüsse sind abrufbar unter: <https://www.spd.de/aktuelles/bundesparteitag-2015/beschluesse/>**

## „Wir schreiben Deutschlands Zukunft“

Die Herausforderungen von morgen brauchen neue politische Antworten – heute. Die SPD stellt auf dem Parteitag wichtige Weichen. Eckpunkte sind im Beschluss „Wir schreiben Deutschlands Zukunft“ festgelegt.

Mit starken Ideen für Deutschlands Zukunft will die SPD die Perspektivdebatte aus 2015 im nächsten Jahr fortsetzen. Der Weg führt über verschiedene Beteiligungsformate zum SPD-Regierungsprogramm 2017.

Die SPD will den Wohlstand und die Sicherheit auch in den kommenden zehn Jahren sichern – in Deutschland und in Europa. Voraussetzung dafür sei die Fähigkeit, immer modern und innovativ zu sein, heißt es in dem Beschluss „Wir schreiben Deutschlands Zukunft“. Für Bildung, Forschung und Infrastruktur will die SPD ein Zukunftspaket schnüren, das der jungen Generation gute Perspektiven ermöglicht.

Die Globalisierung bietet Chancen, hält aber auch viele Herausforderungen bereit. Ziel der SPD bleibt dabei: Gerechtigkeit für alle. Mit konkreter Politik wollen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verhindern, dass weiterhin zu oft der Reichtum in die Geldbörse weniger abfließt. Als großes Zukunftsthema bleibe zudem – so der Beschluss – der Schutz der Ressourcen und des Klimas.

Ein Füllhorn wichtiger Zukunftsfragen wartet auf die Menschen in unserem Land. Die Diskussion darüber hat die SPD 2015 begonnen – im Netz und auf Konferenzen. Unter anderem mit dem Perspektivkongress im Oktober in Mainz. Die Programmarbeit geht 2016 weiter.

## „#DigitalLeben – Grundsatzprogramm für die digitale Gesellschaft“

Auf dem Bundesparteitag hat sich die SPD ein „Grundsatzprogramm für die digitale Gesellschaft“ gegeben. Der Parteitag nahm den Leitantrag „#DigitalLeben“ einstimmig an.

Die Netzpolitiker **Gesche Joost** und **Lars Klingbeil** stellten den Antrag vor, indem sie abwechselnd jeweils ein Kapitel des Antrags erläuterten. Im Hintergrund illustrierten große Fotos auf der digitalen Leinwand die Inhalte. „Wir wollen die erste Partei sein, die ein digitales Grundsatzprogramm verabschiedet“, gab Klingbeil den Anspruch des Antrags vor. Dieser stelle „die Chancen des Internets in den Vordergrund“. Dass bei der Erarbeitung neue Beteiligungsformate im Internet und ein „BarCamp“ genutzt wurden, stellte Gesche Joost heraus. „Wir haben die Inhalte des Antrags gelebt“, betonte sie.

### Die digitale Arbeit wird das neue Normal

Diese Inhalte umfassen die gesamte Lebenswelt. So fordert die SPD ebenso bundesweit offene WLAN-Netze wie eine soziale Absicherung in der digitalisierten Arbeitswelt, größtmöglichen Datenschutz genauso wie ein entschiedenes Eintreten gegen Hass im

Programmmatische Impulse, konkrete Ideen und Akzentuierungsvorschläge sollen in sechs Perspektiv-AGs entwickelt werden:

1. Wirtschaft, Investitionen, Finanz- und Steuerpolitik
2. Arbeit, Digitales, Bildung
3. Leben und Familie
4. Frieden und Europa
5. Neue Gerechtigkeit und Zukunft des Sozialstaats
6. Demokratie und Teilhabe

Vieles davon wird in das Regierungsprogramm 2017 einfließen. Vier Regionalkongresse in der ersten Jahreshälfte 2016 markieren den Auftakt der Debatte. Die Ergebnisse der Regionalkonferenzen und die Arbeit der Perspektiv-AGs werden auf einer sogenannten Modernisierungskonferenz im Herbst zusammengeführt. Aufbauend darauf soll das Regierungsprogramm entworfen werden. Die Inhalte werden öffentlich diskutiert. Zu zentralen Fragen soll es eine Mitgliederbefragung geben.

Die SPD will auf diesem Weg alle mitnehmen. Auch all jene, die sich von der Politik abgewandt haben. 2017 soll – wie schon vor der Bundestagswahl 2013 – wieder ein Bürgerdialog stattfinden: Auf vier parallelen Veranstaltungen im Norden, Osten, Süden und Westen des Landes werden Anregungen und Rückmeldungen zum Regierungsprogramm aufgenommen und das Programm gemeinsam fortentwickelt.

Die SPD will 2017 ein Programm zur Wahl stellen, das eine klare Alternative aufzeigt. Für die offene und gerechte Gesellschaft mit der SPD.

Internet. „Wir haben die Chance, dass die digitale Arbeit das neue Normal ist“, sagte Gesche Joost und betonte: „Es geht nicht um ein digitales Elitenphänomen.“ Die Digitalisierung biete die Möglichkeit, „den Bürger an den Staat heranzurücken“, sagte Lars Klingbeil. Der Staat werde unter Zugzwang gesetzt, seine Daten offenzulegen. „Wir wollen endlich eine Open-Data-Strategie des Staates“, forderte Klingbeil.

### Steilvorlage für das Wahlprogramm

Die Wichtigkeit des Datenschutzes in der digitalen Welt hob Gesche Joost heraus. „Wir brauchen eine kluge und abgestimmte Datenpolitik“, forderte sie. Ein „Transparenzgrundsatz“ soll dafür sorgen, dass der Datenschutz eingehalten wird und jeder Bürger weiß, was mit seinen Daten geschieht. Das „Digitale Grundsatzprogramm“ der SPD sei bereits „eine Steilvorlage für das Wahlprogramm zur nächsten Bundestagswahl“, betonte Gesche Joost. Keine andere Partei in Deutschland habe bisher Vergleichbares verabschiedet. „Und wenn wir die Inhalte umsetzen, dann liegt der Ball auf dem Elfmeterpunkt.“

## „Europas Einheit bewahren, Solidarität und Zusammenhalt stärken!“

Mit einem kämpferischen Appell hat der Präsident des Europäischen Parlaments **Martin Schulz** vor den Delegierten des SPD-Bundesparteitags den Zusammenhalt Europas und den Kampf gegen Rechtspopulisten und Nationalisten eingefordert: „Jetzt ist die Zeit des Kämpfens!“

Martin Schulz leitete auf dem Parteitag die Debatte über den europapolitischen Antrag ein. Die Europäische Union stehe vor vier großen Herausforderungen – Herausforderungen, wie er sie zuvor in diesem Ausmaß noch nicht erlebt habe: die anhaltenden Migrationsbewegungen – 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht –, die immer noch ungelöste Fiskal- und Wirtschaftskrise, die Bedrohung durch den islamistischen Terror und die vielfältigen außenpolitischen Konflikte vom Nahen Osten bis zur Ukraine.

### „Europa kann zerbrechen“

Aus Sicht von Martin Schulz ist es offen, ob Europa diese Herausforderungen bewältigen kann. Auch das Scheitern der EU sei inzwischen ein realistisches Szenario. „Europa kann zerbrechen.“



**Martin Schulz**

Jetzt sei es die Aufgabe der europäischen Sozialdemokratie, entschieden für ein demokratisches, soziales, nachhaltiges, gerechtes und freies Gesellschaftsmodell in Europa zu kämpfen. Die Rechtspopulisten in Europa seien „wild entschlossen, ihr Gesellschaftsmodell durchzusetzen. „Wir müssen die gleiche Entschlossenheit zeigen, unser Gesellschaftsmodell, das das bessere ist, zu verteidigen“, hielt Schulz entgegen. Die Rechtspopulisten seien „Konjunkturritter der Angst“ und Feinde der Demokratie. Jetzt gelte für alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Devise: „Wehret den Anfängen!“

In einem international besetzten Panel mit der EU-Außenbeauftragte **Federica Mogherini**, dem französische Premierminister **Manuel Valls**, dem schwedischen Premierminister **Stefan Löfvén** und dem österreichischen Bundeskanzler **Werner Faymann** diskutierten **Sigmar Gabriel** und Martin Schulz über neue Wege einer gemeinsamen europäischen Politik.

### Der Beschluss in Kürze

Vordringliche Aufgabe sozialdemokratischer Europa politik bleibt es, den Zusammenhalt Europas zu bewahren und seine Einheit zu erneuern. Die SPD will ein Europa, das demokratischer, wirtschaftlich innovativer und sozial gerechter ist als heute. Ein Europa, das zusammenhält, sich nicht spaltet, weder in Ost und West, noch in Nord und Süd, auch nicht in Arm und Reich.

### Neue Weichenstellungen in der Krise

Um die derzeitigen außer- und innereuropäischen Krisen zu meistern, bedarf es neuer Weichenstellungen in der Europäischen Union. Es müssen gemeinsame Lösungen in der Flüchtlingspolitik gefunden werden. Und die EU muss einen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs einschlagen, der über eine reine Sparpolitik hinaus die Investitionskraft der Mitgliedsstaaten wieder stärkt. Europa muss sich aber auch als sozialer Schutzraum für die Menschen in unruhiger Zeit bewähren. Die EU muss das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik braucht neue Impulse, um auch gestaltungsfähig zu sein.

### Lasten des Flüchtlingszustroms gerecht verteilen

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise müssen die Lasten in Europa gerecht verteilt werden. In den besonders belasteten Erstaufnahmestaaten an der Südgrenze – wie etwa Griechenland – müssen Aufnahmezentren eingerichtet werden. Das „Dublin-System“, nach dem Flüchtlinge im Erstaufnahmeland ihren Asylantrag stellen müssen, muss durch ein besseres System, das die Verantwortung innerhalb der EU besser verteilt, ersetzt werden. Und die Länder, die die Hauptlast der Flüchtlingskosten tragen, müssen im EU-Haushalt stärker berücksichtigt werden. Bei den Staaten, die sich einer solidarischen Verteilung entziehen, sollte dies im Gegenzug auch bei der Verteilung der EU-Finzen berücksichtigt werden.

### Einheitliches Asylrecht durchsetzen

Mittelfristig benötigt die EU ein einheitliches europäisches Asylrecht, das von einer europäischen Asylbehörde umgesetzt werden muss. Die EU-Kommission muss über „robuste“ Instrumente verfügen, um die Entscheidungen in allen EU-Staaten auch durchsetzen zu können. Langfristig benötigt die EU eine europäische Grenzschutzbehörde, die den Schutz der EU-Außengrenzen auch dort durchsetzt, wo einzelne Mitgliedsstaaten allein überfordert sind.

### Ein wirtschaftlich innovatives und sozial gerechtes Europa

Europas Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit hängen davon ab, dass besser als bisher gelingt, EU-weit wirtschaftliche Innovation mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Die europäischen Stabilitätsregeln müssen flexibler gestaltet werden, Unternehmensbesteuerung und Steuervollzugs müssen EU-weit harmonisiert werden, Unternehmen müssen dort

ihre Steuern bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Die SPD hält am Ziel einer europäischen Finanztransaktionssteuer fest. Und der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa muss unvermindert fortgeführt werden. Zudem soll im europäischen Binnenmarkt nicht allein der Wettbewerb das Maß aller Dinge sein. Arbeitnehmerrechte und soziale Standards müssen mindestens gleichrangig geschützt und durchgesetzt werden.

## Mehr Demokratie in Europa wagen

Die europäische Demokratie und die Gemeinschaftsinstitutionen sind die Garanten dafür, dass nicht nationale Egoisten, sondern gemeinsame europäische Interessen im Vordergrund stehen. Vor allem braucht das Europäische Parlament weiterreichende Initiativrechte und mehr Mitentscheidungsbefugnisse gerade auch in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

## TTIP: SPD für soziale Standards im Welthandel

Mit einem Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten (TTIP) sollen Zölle und Handelsbarrieren abgebaut werden – und die größte Freihandelszone der Welt entstehen. „Aber die globalisierte Wirtschaft braucht klare Regeln“ – für gute Sozial- und Umweltstandards, machte SPD-Vize **Ralf Stegner** auf dem Parteitag deutlich. Leitlinien dafür beschließt der SPD-Parteitag. SPD-Chef **Sigmar Gabriel** kündigte an, dass über das Ergebnis der folgenden internationalen Verhandlungen ein SPD-Parteitag oder –Konvent beraten wird.

Die SPD hatte auf einem Parteikonvent im September 2014 bereits „rote Linien“ für eine Zustimmung zum Transatlantischen Freihandelsabkommen gezogen. Mehr Handel und mehr Wettbewerb müssen sich auf faire Grundlagen stützen „und nicht auf soziale Umweltdumping“, bestätigte Ralf Stegner noch einmal auf dem Parteitag in Berlin. Er brachte den Leitantrag „Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels“ ein.

### „Das Übel in der Welt bekämpfen“

TTIP-Gegner, die argumentieren, dass Europa ein solches Abkommen nicht brauchen würde, rief Stegner ins Gedächtnis, dass die SPD eine internationale Partei sei und sich die Welt immer weiter verändere. „Europa ist keine Insel, wir können keine Mauern um uns bauen.“ Und das Freihandelsabkommen biete die Chance, Globalisierung zu gestalten – „und wir wollen die Übel, die damit verbunden sind, bekämpfen“, so Stegner.

Wenn Europa sich Verhandlungen für gemeinsamen Regeln verschließe, würden andere entscheiden – mit dem Ergebnis, dass sich niedrige Standards und Dumpinglöhne im Welthandel durchsetzen, befürchtet Stegner. „Das kann die SPD nicht wollen!“ Die Handelspartnerschaft könnte dazu genutzt werden, dort Druck auszuüben, wo es noch Kinderarbeit und

Ausbeutung gibt. „Wir wollen nicht, dass China und Bangladesch die weltweiten Standards für Arbeit, Umwelt und Kultur prägen. Wir wollen unsere hohen Standards durchsetzen.“

### Klare Leitlinien

Eine Harmonisierung des Handels zwischen Europa und Amerika dürfe nicht bedeuten, dass Europa niedrigere Standards importiere, so Stegner. Dafür sind im SPD-Beschluss drei „rote Linien“ festgehalten:

1. **Gute europäische Schutzstandards dürfen nicht sinken (bei Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz, beim Datenschutz, bei Kultur und öffentlicher Daseinsvorsorge).**
2. **Ein transparenter Prozess. Am Ende müssen alle Parlamente und das Europäische Parlament zustimmen.**
3. **Keine undemokratischen Schiedsgerichte oder ähnliche demokratieaushebelnde Verfahren.**

SPD-Vize Stegner bezeichnete es als großen Erfolg der SPD, dass Schiedsgerichte beim Freihandelsabkommen verhindert werden könnten. Die SPD ist die einzige Partei, die kontrovers darüber diskutiert. „Wir sind nicht Zuschauer, wir sind beteiligt“, sagte Stegner. „Wir sollten uns auf diesen Kurs weiter bewegen.“

Parteichef Sigmar Gabriel kündigte in der anschließenden Debatte an, dass die SPD auf einem Parteitag oder Konvent über das Ergebnis der internationalen Verhandlungen beraten werde.

Und Ralf Stegner unterstrich zuvor: „Wir stimmen nur zu, wenn TTIP und CETA das Leben der Menschen verbessert. Dafür muss das Ergebnis gut sein.“ Abschließend zitierte er Bert Brecht: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“



### Sigmar Gabriel bleibt Vorsitzender – Katarina Barley ist neue Generalsekretärin

**Sigmar Gabriel** wurde mit 74,2 Prozent als Parteivorsitzender der SPD wiedergewählt. Das Ergebnis lag deutlich unter den allgemeinen Erwartungen und drückte so die Stimmung des Parteitages, der ansonsten sehr erfolgreich verlief.

Zuvor hatte Sigmar Gabriel knapp zwei Stunden lang den Parteitag auf die wichtigsten Aufgaben für die Zukunft eingeschworen. Es gehe um die Sicherung



des Friedens in krisenhaften Zeiten, um den Zusammenhalt und die Erneuerung der Europäischen Union, um den Kampf gegen Rechtspopulismus und -extremismus, um die Integration der Flüchtlinge, die Stärkung der sozialen

Basis Deutschlands sowie um das Ringen um Chancengerechtigkeit und eine offene Gesellschaft.

Als moderne Partei solle sich die SPD mit ihrer Politik an die Mitte der Gesellschaft richten. „Wenn das Zentrum, die Mehrheit der Arbeitsgesellschaft merkt, dass sie im Mittelpunkt der Politik steht, dann ist sie auch bereit, denen zu helfen, die am Rande stehen und die Hilfe bedürfen“, machte Gabriel deutlich.

Die SPD habe in der Bundesregierung alle Ziele, die sie sich vorher gesetzt hatte, umgesetzt: Mindestlohn, Rente nach 45 Versicherungsjahren, 9 Milliarden Euro mehr für Bildung und Forschung, mit 20 Milliarden Euro das größte kommunale Entlastungsprogramm und vieles mehr. Aber neue Stärke könne die SPD nur gewinnen, wenn sie darüber hinausgehe, so Gabriel, „wenn wir zeigen, dass wir nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft gestalten wollen und richtige Antworten bereit halten.“



**Bei den weiteren Wahlen zum Parteivorstand wurden im Präsidium bestätigt:**

Stellv. Vorsitzende:

**Hannelore Kraft** (91,4 %), **Aydan Özoguz** (83,6 %), **Thorsten Schäfer-Gümbel** (88,0 %), **Olaf Scholz** (80,2 %), **Manuela Schwesig** (92,2 %), **Ralf Stegner** (77,3 %)

Schatzmeister: **Dietmar Nietan** (97,9 %)

EU-Beauftragter: **Martin Schulz** (93,9 %)

Neue Generalsekretärin: **Katarina Barley** (93,0 %)



*Martin Dörmann nahm als Delegierter der Bundestagsfraktion am Parteitag teil. Er freute sich besonders über das gute Wahlergebnis seiner Fraktionskollegin Katarina Barley als neue Generalsekretärin. Mit der gebürtigen Kölnerin verbindet ihn, dass sie beide ihr Abitur am Gymnasium Rodenkirchen gemacht haben.*



## Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Kultur, Medien, digitale Infrastruktur

### Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

### Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

## Die Büros in Berlin und Köln

### Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

#### Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,  
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340  
Tel.: 030 / 227 734 18  
Fax: 030 / 227 763 48  
martin.doermann@bundestag.de

#### Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),  
Dr. Matthias Dahlke

#### Öffnungszeiten

Sitzungswochen  
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr  
Sitzungsfreie Wochen  
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr  
Fr.: 9 bis 17 Uhr

### Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327  
51143 Köln (Porz)  
Tel.: 02203 / 521 44  
Fax: 02203 / 510 44  
martin.doermann@wk.bundestag.de

#### Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),  
Nadesha Klugewicz,  
Ralf Steinmeier (Webmaster)

#### Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr  
Fr.: 9 bis 13 Uhr

### Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212  
51103 Köln (Kalk)  
Tel.: 0221 / 870 43 02  
Frank.heinz@landtag.nrw.de

#### Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

#### Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr  
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr  
Fr.: 12 bis 15 Uhr

### Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b  
50672 Köln (Innenstadt)  
Tel.: 0221 / 169 195 77  
Fax: 0221 / 169 195 79  
koelner-spd-mdb@netcologne.de

#### Mitarbeiter

Benedikt Dettling

#### Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr  
Fr.: 9 bis 14 Uhr

## Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2016

Sitzungswochen sind die 2., 4., 7., 8., 11., 15., 17., 19., 22., 23., 25., 27., 36., 38., 39., 42., 45., 47., 48., und 50. KW. Übersichten für 2015 und 2016 sind abrufbar unter: [www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html](http://www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html)

## BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

### HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,  
Deutscher Bundestag,  
Platz der Republik 1,  
10111 Berlin

### REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),  
Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Klugewicz, Stefan Stader

### BILDNACHWEIS

Dieter Marezki; S. 6 o.l.;  
BPA: S. 7 m.;  
Deutscher Bundestag: S. 11;  
Flickr/United Nations Photo: S. 13;  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: S. 15 o.l.;  
SPD-Bundestagsfraktion: S. 15 u.;  
Sascha Hilgers: S. 18;  
Photothek: S. 22;  
Sonstige: Büro M. Dörmann

### ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint siebenmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

### E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:  
[martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de)  
(SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

### FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

### FACEBOOK



[www.facebook.com/martin.doermann](http://www.facebook.com/martin.doermann)

### HOMEPAGE

[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)

